

WIKINGER

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Geldwacht“ erscheint täglich während außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, ist durch die Expedition, Neue Gravenstraße 5/6, durch die Post und durch Telegraphen zu bestellen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postleitzahl Nr. 6892.

Einzelne Gebühr beträgt für die fünfgehaltene Bettizelle oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Fristen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12.

Breslau, Dienstag, den 15. Januar 1895.

6. Jahrgang

Gewerbeaufsicht in Schlesien und Posen

Endlich, am Ende des Jahres 1894, sind die „Berichte der königlich preußischen Regierung- und Gewerberäthe und Bergbehörden für 1893“ erschienen. Gen. Dr. Max Quark hat in Nr. 14 und 15 der „Neuen Zeit“ d. J. eine interessante und instructive Besprechung dieses letzten Bandes veröffentlicht. Aus dieser Auseinandersetzung wollen wir im Folgenden das herausholen, was für Schlesien und unsere Nachbarprovinz Posen von Bedeutung ist. Die Fachkenntnis des Gen. Quark birgt dafür, daß wir keinen Fehler begreifen, wenn wir das Material aus zweiter Hand nehmen.

Dr. Quark überschreibt sein Referat: Die preußische Kessel- neben bei Gewerbeinspektion im Jahre 1893. Erst ist dieser Titel richtig; denn durch die vor drei Jahren erfolgte Verbindung der Kesselfrevision mit der Gewerbeinspektion ist die ganze Einrichtung der Gewerbeaufsicht aus einer halben zu einer durchaus ursprünglichen gemacht worden. Die Beamten selbst weisen z. B. energisch auf die Missstände hin, die dadurch entstanden sind, daß sie zu technischen Beamten, zu Kesselsprechern, degradirt worden sind.

So erhalten im Bezirk Oppeln nur 43,1 Prozent des amtlichen Schriftverkehrs auf die eigentliche Gewerbeaufsicht, auf die Kesselaufsicht dagegen 56,9 p.C. Im Bezirk Liegnitz nahm nach dem offiziellen Berichte in Folge der großen Zahl der Dampfkessel das Kesselfrevisionsgeschäft sowohl im äußeren Dienste, als auch in der Anstalt den weitern größeren Theil der Zeit und der Arbeitskraft in Anspruch, und die eigentliche Aufsichtsetätigkeit in den Gewerbebetrieben wurde nicht unweigerlich nach dieser Richtung abgelenkt. Aus

anderen Bezirken lauten die Berichte noch ganz anders. In 14 von 36 Bezirken wird das heutige System stark verurtheilt, die Beamten der übrigen Bezirke beobachten ein verlegenes Stillschweigen.

Es wäre indeß doch gar zu wunderbar, wenn sich unter diesen vielen preußischen Beamten gar keiner finde, der „königlich preußisch“ genug wäre, sein Staatsamt mit der unwahren Firma zu vertheidigen. Und richtig, es findet sich einer, und dieser eine ist gar nicht weit von hier, er wohnt in Breslau und heißt Siebert.

Der Breslauer Gewerbeinspector Siebert sagt nämlich: Auch die Kesselprüfungsgerüchte beanspruchten nicht unerheblichen Zeitaufwand. Indes ist in Bezug hierauf zu bemerken, daß nach Vollendung der Kesselflisten und bei plötzlicher Aufstellung der Reisewege, wodurch es ermöglicht wird, die Besichtigung gewerblicher Anlagen mit den Kesselprüfungsgerüchten zu verbinden, die für die letzteren aufzuwendende Zeit erheblich verringert wird, so daß beide Tätigkeiten recht gut nebeneinander, und zwar im Wesentlichen ohne Beeinträchtigung des Gewerbeaufsichtsdienstes ausgeübt werden können.

In der Kritik dieser Neuzeitung bemerkt Dr. Quark mit Recht, daß Herr Siebert bei der Niederschrift dieser Berichtsstelle noch nicht einmal ein volles Vierteljahr auf seinem Posten war, daß er demnach von den Schäden, die die Kesselfrevision in die Fabrikinspektion gebracht hat, noch gar keine genaue Kenntnis gehabt haben kann. Wir wollen abwarten, ob Herr Siebert sein übrigens recht laues Lob im nächsten Berichte aufrecht erhalten wird.

Über die Zahl der besichtigt im Verhältniß zu allen vorhandenen Betrieben läßt sich genauso für alle Bezirke nicht ermitteln; die Berichte leiden tatsächlich

an einer grobartigen statistischen Hilfsläufigkeit und Verwirrenheit. Für die im Bezirk Liegnitz geführte Aufsicht ist bezeichnend, daß von den vorhandenen 10,493 Anlagen nur 1052 revidirt wurden; das sind 10 Prozent, mit anderen Worten, immer in zehn Jahren wird ein Betrieb einmal revidirt!!! Kommentar überflüssig.

Die Versuche der Beamten, mit den Arbeitern und den Arbeitervereinen etwas in Fühlung zu kommen, sind zwar noch schwächlich genug, nehmen aber doch zu. Auch der Gewerberath für Oppeln scheint sich um den „Oberschlesischen christlichen Arbeiterverein zur gegenwärtigen Hilfe“ etwas gekümmert zu haben; allerdings nur so lange, als jener Verein im Banne der Geistlichkeit stand, fröhlich und reichstreu war. Mit Bedauern spricht wenigstens der genannte Beamte davon, daß dieser Verein „bald in seinen Anschaungen sehr stark nach links gegangen sei und vorwiegend agitatorische Zwecke verfolge.“ Allerdings, das Kind wächst sich eben zum Burschen und zum Manne aus und braucht das kirchliche und patriotische Gängelband nicht mehr. Uns freut das, andere sind traurig darüber.

Im Bezirk Posen scheint von einem zweckmäßigen Verkehr der Aufsichtsbeamten mit der Arbeiterschaft jede Spur zu fehlen; das zeigt schon die Sprache des Berichtes, in dem von „Streifführern“ die Rede ist. Die ganze Stelle, an der von einem Auslande in einer Cigarrenfabrik die Rede ist, wird gesagt, daß die Ursachen des Streites die „vom Principal schon vor dem Streife eingeleitete, von den Streifführern aber energisch befürwortete Einstellung von billigeren und fügsameren weiblichen Cigarrenmädchen an Stelle von widspenstigen männlichen“ war.

Im Verkehr mit der Arbeiterschaft und deren

ganze Geschichte war aus. Am andern Tage habe man ihn eingesperrt, warum wisse er nicht.

„Das wird sich finden“, meinte der Präsident und heißt den Angeklagten niedersetzen. Der will sich erst zu den Geschworenen hineinzwängen; bis man ihm bringt, wohin er sich setzen soll, hat ein zweiter Angeklagter bereits den Saal betreten. Es ist ein vornübergebeugtes Männchen mit grauweißem, kurzen Bart und lustigen Auglein. Der ist schon viel resoluter. Man sieht es dem Grünzeughändler Joachim Schwabe gleich an, daß er sich nicht zum ersten Mal in einem Gerichtssaale bewegt. Er ist angeklagt, die Arbeiter aufgefordert zu haben nach der Fabrik zu ziehen und Alles kurz und klein zu schlagen.

„Entschuldigen hoher Gerichtshof“, nimmt Joachim Schwabe das Wort — er hat eine verteuft merkwürdige Stimme. — „Entschuldigen, kaiserlicher Herr Rath, und Sie, Herren Geschworenen — auf diesen Umstand kann ich mich ganz und gar nicht befinnen.“

Aber mehr als ein Dutzend Zeugen bezeichneten Sie ausdrücklich als Denjenigen, welcher das Zeichen zur Plünderei gab“, sagte streng der Präsident. „Lügen Sie nicht, es nützt Ihnen ja so nichts.“

„Hoher Gerichtshof, das ist so 'ne eigenthümliche Sache. Von der Sache weiß ich kein Sterbenswörtchen, ich fühle mich so unschuldig, wie ein neugeborenes Kind. Daß ich geschrien haben soll ist wohl möglich, wohl möglich. Aber das ist so 'ne eigenthümliche Sache. Ich habe einen Entschuldigungsgrund.“

„Und der Entschuldigungsgrund ist?“ fragte der Präsident.

„Sehen, hoher Gerichtshof, ich war lange Zeit in Deutschland. Und dort, mit dem Frühstück, das ist so 'ne eigenthümliche Sache. Da trinkt man ein Schnäppchen und noch ein Schnäppchen, und da hab' ich mir das Schnäppchen trinken auch angewöhnt. An dem Tag, an welchem Abends der Cravall sich ereignete, war ich mit meinem Weib in Schwarza. Wir haben das kleine Biehwägelchen gehabt, und Rüben und Zwiebel und Sellerie hineingeschafft und Zucker und Caffee herausgebracht. Es ist uns spät geworden. Um drei Uhr waren wir erst in Georgenthal. Sage ich zu meiner Alten: „Mutter siehst Du, der Baumann hat einen propren Nordhäuser, ist was Delikat's. Werden wir einen trinken. Aber der Eine hat nicht gelangt. Wie wir weiter gemacht haben, sagt mein Weib: „Joachim“, sagt sie, „wast hast denn? Schwangst ja wie ein Glöckenschwengel.“

Accurat so hat sie gesagt, hoher Gerichtshof. Zu Hause habe ich dann noch ein paar Schnäppchen getrunken — ja“ — dabei leckte er sich die Lippen — „Wir haben immer einen „Korn“ im Hause. Und dann bin ich mit Nachbar Franz hinausgegangen, weil's geheißen hat, sie schmeißen dem „Alten“ die Fenster ein. Es ist ja wohl nicht gegangen mit dem Hinaufkommen; meine Beine waren mit wie eingeklappten. Dix sogar einmal hingefallen. Sehen, hoher Gerichtshof, und gerade auf die Alte. Obern hatte einer eine Rede gehalten. Bis daher weiß ich es. Aber jetzt

Plauswürfe.

Roman von Nicolaus Krauß.

[Nachdruck verboten.]

„Katholisch“ führt der Präsident fort: „Katholisch“, antwortete Conhäuser.

„Bestätigung?“

„Weber.“

„Verheirathet?“

„Ja ich bin verheirathet.“

„Was!“ Ein Beweis macht den Präsidenten außerkontrollierbar, daß in den Weberneisen die Burschen alle sehr früh heirathen, dies sei auch der Grund ihres pygmaischen und moralischen Niederganges. Der Präsident nicht mit dem Kopfe und läuft dann fort: „Haben Sie Kinder?“

„Ja. Zwei.“

„Treul!“ schreit eine Stimme hinten im Zuschauerraume. „Deine Frau hat vor vier Wochen entbunden.“

Der Präsident giebt Ruhe. „Sie sind des Aufzugs und der Plünderei angeklagt. Bekennen Sie sich schuldig?“

„Nein!“ Und nun entschuldigt sich Friz Conhäuser mit folgendem: Er habe an besagtem Montag zu seinem Schwager auf Besuch gehen wollen. Da habe er auf einmal einen Lärm beim Schloße vernommen und sei hingegangen, um zu sehen, was es gäbe. Er habe, wie gesagt, nur Zuschauer sein wollen. Auf einmal aber seien Dragoner gekommen und die

Beschwerde-Commissionen scheint der Breslauer Inspector dagegen eine rühmliche Ausnahme zu machen. Er schreibt: „Diese Einrichtung hat sich bisher als zweckmäßig erwiesen. Sie gewährt den Aufsichtsbeamten den Vortheil, stets Jemanden an der Hand zu haben, der bei anzustellenden Ehebrüchen Auskunft über die örtlichen Verhältnisse ertheilen und etwa zu vernehmende Personen ihm zuführen kann, und trägt außerdem wesentlich dazu bei, mit den Arbeitnehmern in engere Fühlung zu kommen.“

Bekanntlich hatte der Breslauer Regierung-Präsident im August vorigen Jahres Sonntagsprechstunden der Inspectoren angeordnet; bekannt ist aber wohl auch die traurige Haltung unseres schlesischen Provinzblattes, der „Schlesischen Zeitung“, die damals schrieb: „Man darf hoffen, daß ein derartiger Missgriff, der die sozialdemokratische Organisation amtlich als die berechtigte Vertretung aller Arbeiter anerkannte . . . in Zukunft vermieden wird.“ Wir hoffen auch hier wieder das Gegenteil.

Der Posener Beamte, um das noch nach utragen, sagt, er sei oft von Arbeitgebern und Arbeitern zu Arbeitersfesten eingeladen worden und sei auch oft hingegangen. Auch eine Annäherung an die Arbeiter; bei Posener Gewerkschaften hätte es wohl kaum gewesen sein. Die Herren Fabrikbesitzer würden ihm das gewißlich trummen nehmen, und es würde ihm ähnlich gehen, wie dem Gewerbeinspector Jäger-Köln.

In den sachlichen Aussichtsergebnissen hat sich gegen die Vorjahre wenig geändert; weder von unseren anerkannten Socialpolitikern noch von den Engländern haben unsere Aufsichtsbeamten etwas gelernt.

Zusätzlich finden sich aber gerade für die Bezirke Liegnitz und Oppeln genaue Angaben über die weiblichen erwachsenen und jugendlichen Arbeiter. Die bestehenden Zahlen sind folgende:

Regierungs-Bezirk Liegnitz

	1892	1893
Weibliche erwachsene Arbeiter . . .	18 311	21 837
Jugendliche Arbeiter	3 248	4 350

Regierungs-Bezirk Oppeln

	1892	1893
Weibliche erwachsene Arbeiter . . .	16 540	16 040
Jugendliche Arbeiter	4 710	4 275

Im Bezirk Liegnitz hat demnach die Anwendung weiblicher erwachsener Arbeiter sehr stark, um 19 pCt., die der jugendlichen noch deutlich mehr, um 34 pCt., zugenumommen. Dieser erheblichen Veränderung steht im Bezirk Oppeln ein unerheblicher Rückgang gegenüber; die Anwendung der weiblichen erwachsenen Arbeiter hat dort im 3. die der jugendlichen um 10 Prozent abgenommen. Sogar mit der Kinderbeschäftigung, hat es noch immer kein Ende. In den Bezirken Liegnitz und Oppeln sind zwar die Zahlen der jugendlichen Arbeiter von 137 auf 85, bzw. von 15 auf 1 heruntergegangen, soweit nicht durch die nur den Arbeitern, aber nicht den Bevölkerungen bekannten Raiffe der Fabrikanten „Borussia“ falscher Thatsachen“ stattgefunden hat. Im Bezirk Breslau dagegen hat die Kinderbeschäftigung sogar wieder zugenumommen.

Auf wie fein angelegte Weise die gesetzlichen Vorschriften umgangen werden, wenn es sich darum handelt, billige und gefährliche Arbeitskräfte zu bekommen, zeigt ein

geht mit der haben aus. Ich kann mich erst wieder befreien, als wir so ungefähr 'ne starle Ma' del, im Keller des Bürgermeisters eingesperrt waren.“

„Da wissen Sie also auch nicht, daß Sie von Dragoonen übertreten wurden?“ fragte der Präsident.

„Nee, hoher Gerichtshof, auf Ehre und Gewissen.“

„Es ist o' ne eigentümliche Soße.“

„Sie schon gut. Sie können noch jagen.“

Nun wurden in kurzen Zwischenräumen eine ganze Reihe junger Burschen hereingeführt.

Keine Jaunverbündeten standen sie da, mit isolierten Rädern und schwimmenden Füßen. Rund einer knüpfte gar nicht, was er sagen wollte. Einem gab ich die Frage, welche Religion er habe, zur Antwort: „Deutsch!“ ein anderer wurde nicht, wie alt er sei. Das dem Justizbeamten erscholl ein Gefühl nach dem anderen. Jeder der Bürsten mußte eine anhende Kurrede, wie ja es gekommen, daß er sich vor dem Schloß eingefunden.

Jetzt bekannte sich für unzählig. Nur der Einarm, welcher die Wulstlinie getrieben hatte, gestand ihm nicht, ja keine That und gab auf die Frage, warum er das getan, zur Antwort: „Weil sie mich zum Krappel gemacht hat. Den Arsch hat's mir ausgegossen, das hab' ich.“

Damit war die Verhörendung des ersten Zeugen beendet.

Am zweiten Tage war der Anhörung des Fabrikanten ein noch größerer Vor dem Saalengang kam es zu einer erbitterten Schlacht.

Als Gisler wurde der Baudirektor Matthes, der

Beispiel aus Landeshut in Niederschlesien. Ein dortiges Versandhaus „wusste ebenfalls aus Kindern Profit zu ziehen, indem sie dieselben an den Wochentagen Nachmittags stundenweise mit Zeichnen von Packen, Schreiben von Adressen, Aufkleben von Zetteln und dergleichen „kaufmännisch“ beschäftigte und so durch die Maschen der Gewerbeordnung schlüpften. Vielleicht heißt dieses Einbringen der Kinderarbeit in das Handelsgewerbe wenigstens manchen noch unklaren Kommisskopf auf.“

In Bezug auf die Verwendung jugendlicher Arbeiter finden wir auch gerade wieder in Schlesien ein interessantes Beispiel. „Eine Reichenbacher Spinnerei“, schreibt Dr. Quark, „hatte 16—19jährige Burschen eingestellt statt der 14—16jährigen, um keine Schutzvorschriften beobachten zu müssen. Was mußte sie aber erleben? Sie mußte „die ärgersten Rohheiten der erwähnten Arbeiterklasse ertragen“, und nur aus verletztem Hartgefühl ging sie wieder zur Verwendung 14—16jähriger über. Im Ernst: wahrscheinlich kümmern sich die Breslauer Gewerkschaften auch noch zu wenig um die Einzelheiten des Gewerbeinspectionsberichtes für ihren Bezirk; ich hoffe doch, daß sie anderen Falles ein Wörtlein mit ihrem Aufsichtsbeamten wegen der Rohheiten gesprochen hätten.“

Der Oppelner Beamte wünscht ein Verbot der jugendlichen Arbeit in den Zinshäusern, der Posener dagegen Verbot bezüglich der Glasfabriken.

Dr. Quarks Referat zeigt deutlich, daß gerade aus Österreich und hier gerade aus Schlesien und Posen eine Fülle von Erscheinungen gesammelt werden können, die als Schäden des Capitalismus bezeichnet werden müssen. Die schlimmsten Beispiele für das Treiben des Unternehmers stammen aus unseren Gegenden. Unsere Gewerkschaften und unsere Provinzialpresse finden daher noch unendlich viel zu thun. Eine dahingehende Mahnung richtet Dr. Quark am Schluß seines Referats an die Genossen; sie lautet: „Es gibt eben Gewerkschaftsbibliotheken, die noch keinen einzigen Gewerbeinspectionsbericht ihres Landes besitzen“, und von der Art, wie sich die Provinzialpresse unserer Partei gewöhnt mit diesen Dingen abfindet, schweigt man am besten. Manches Marionnement in jenen Blättern würde besser durch die kräftige Kritik gewisser Mitteilungen und die agitatorische Ausnutzung gewisser anderer Berichtsstellen des nächstliegenden Gewerbeinspectors erledigt. Die Arbeiter können sich den Berichtsband nicht anaffen**), desto mehr hätten Preise und Gewerkschaften ihre Schuldigkeit zu ihm. Wenn wir Aufsichtsramte aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitertinnen durchsetzen wollen, müssen wir unsere besten Kräfte noch weiter in der Bearbeitung der bishergigen Leistungen der Gewerbeinspektion setzen.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

— Die Arbeiter des Reichstages. Der Präsident des Reichstages hat im Einverständnis mit dem

„Sie tritt es damit in Breslau?“

„Gute Frage?“

wollen, ein junger fünfziger mit kahlem Kopf und gefärbtem Demokratenbart.

„Sagen vorher bedroht?“ fragt ihn der Präsident.

„Ja. Mit fünf Jahren beginn.“

Ein hunderttausiges „Ah!“ durchbrachte den Saal.

„Rechts!“

„Wegen Beihilfe am Aufstand in Dresden 1849. Ich wurde mit vielen anderen gefangen, verurteilt, aber ich nach einem halben Jahre begnadigt.“

„Was sagt, Sie kein ein älterer Betreterer sozialdemokratischer Ideen.“

„So lange das gut sieht.“

„Siegen Sie jenen lange in der Beziehung?“

„Seit dem ersten Kriegszeit Sammelle.“

„Sind Sie im Folge dessen nie mit dem Gesetz in Kontakt gebracht?“

„Nein. Eine einzige wurde ich zu vierzehn Tagen verurteilt.“

„Warum gehoben d. s.?“

„Es war bei der Zeiterichter Saalfeld's. Ich war sowieso nach Weimar in Ilmenau, und die Genossen hatten mich zu einer dieser Zeiterichter als Delegierter nach Saalfeld am Weix geführt. Ich kam zurück und erzählte den Bericht, unterließ aber, die Verhandlung einzuhören, was wurde bestraft.“

„Haben Sie die Arbeiter zum Aufstand aufgerufen?“

„Nein, im Gegenteil. Ich lud sie zu den Versammlungen abzuhalten. Aber sie waren zu erstaunt und störs, weil er sie durch sein Vergehen zum Streit

Seniorenconvent für die nächste Zeit folgende Positionen in Aussicht genommen. Nach Beendigung der ersten Berathung der Umsturzvorlage werden einige Rechnungssachen, die gewohnheitsmäßig der Rechnungscommission überwiesen werden, sowie die Interpellationen Heyl (Handwerker- und Gewerbekammern) und Haß (Schutz der Deutschen im Auslande) zur Verhandlung gelangen. Im weiteren Verlauf der Session sollen das Gerichtsverfassungs-Gesetz (Wiedereinführung der Berufung, Entschädigung unschuldig Verurtheilter u. s. w.), sowie die Gesetzesentwürfe betreffend die Binnenschiffahrt und Flößerei berathen werden.

Diesen Vorlagen wird sich die Berathung der Entwürfe betr. die Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Wandergewerbe), Abänderung des Zolltarifs (Parfüms, Baumwollensamen-Tel u. s. w.), sowie des Gesetzentwurfs betr. die Gewerbezählung anschließen. Inzwischen wird die Budgetcommission die Etatberathung soweit gefördert haben, daß der Reichstag die zweite Berathung des Etats im Plenum vornehmen kann. Die Umsturzvorlage geht an eine Commission von 28 Mitgliedern, in welche von der socialdemokratischen Fraction die Abgeordneten Auer, Bebel und Frohmdelegirt werden. Die Geschäftsordnungs-Commission wird Montag Abend unter dem Vorsitz des Reichstags-Präsidenten zusammenentreten, um Vorschläge zur Verstärkung der Disziplinargewalt des Präsidiums zu erfinden. Um mit der Berathung der Initiativ-Anträge beginnen zu können, ist eine Verständigung unter den Parteien herbeigeführt worden, wonach jede Partei einen Antrag, auf dessen Berathung sie besondere Werth legt, bezeichnet. Diese Anträge erhalten die Priorität vor den übrigen Anträgen. Die Reihenfolge der Verhandlung richtet sich nach der Stärke der Fractionen, so daß mit dem Antrag auf Aufhebung des Zollentgegengesetzes der Anfang gemacht werden wird.

— Es kriselt. Herr Berlepsch, der Handelsminister, soll in seiner Stellung erüthert sein, im Handelsministerium circuiten allerlei Gerüchte. Herr von Berlepsch soll darnach ein entschiedener Gegner der Umsturzvorlage sein, ein Anhänger der in den Kaiserlichen Erlassen vom 5. Februar 1890 gezeichneten Arbeiterschutzpolitik und für die Erweiterung der Rechte der Fachvereine. Wäre es wirklich der Fall, daß Herr v. Berlepsch diesen Standpunkt vertreten hat, dann müßte er in directem Gegensatz zum neuen Corte stehen.

Wie Herr von Berlepsch, so sollen auch die Stunden des Herrn Marshall v. Bieberstein gezeigt und er täglich den Lacanus erwarten. An Stelle des Grafen Haffeld soll er als Botschafter nach London gesandt werden.

— Über den Fall Stadthagen haben sich im Allgemeinen die bürgerlichen Präfogane vollständig ausgeschwiegen. Nur die ultramontane „Germania“ macht hierin eine Ausnahme. Sie sagt: Leider kann man nicht sagen, daß der „Vorwärts“ mit seinen Bemerkungen unrecht hat. Die „bewußte Gebührenüberhebung ist nicht nur disciplinarisch, sondern auch strafrechtlich zu ahnden. Nun ist deshalb Stadthagen durch rechtmäßiges Disciplinarurtheil aus dem Rechtsarwalt ande ausgestoßen worden, der

zwang, und weil es hieß, er werde fremde Arbeiter kommen lassen.“

Nach Mattusch kamen drei Weiber an die Reihe, man hatte bei ihnen Zeuge gefunden, welche aus der Zeit früher stammten. Die Frauen traten ganz ungeniert auf, besonders eine Witwe. Sie war dürr, wie ein Zaunpfosten, hatte eine dicke, rote Nase, und war voll Blüthen im Gesicht, wie der Frühling. Dies schimpfte, wie ein Waschweib, auf den Fabrikanten, diesen herzlosen Kerl, ließ den Präsidenten gar nicht zum Vorlesen kommen, schlug in ihrer Wut mit der Faust auf den Richtertisch und warf das Kreuzig um. Sie wurde aus dem Saal geführt und erhielt eine Disciplinarstrafe.

Der Präsident rief dem Getreidener den Namen Gyla zu. Alliogleich rüttete Alles die Hälse vor, um den Schredlichen ja gut zu sehen. Auch das junge Mädchen, das seit zwei Tagen neben Gyla's alter Mutter saß, hatte sich erhoben. Aber, was in ihren Augen glänzte, das war nicht mitleidlose Neugierde; so konnte nur die Liebe blicken.

Hocherhabenen Hauptes, das lange Haar in den Reden geworfen, in sauberer, dunkler, fast eleganter Kleidung trat Gyla in den Saal. Sein Auge schweiste über die Richter, die versammelten Neugierigen, erblickte seine Mutter und neben ihr das junge Mädchen; eine leichte, freundige Röthe huschte über sein Antlitz.

„Ein schöner Mann“, seufzten die Frauen.

„Ein frecher Kerl!“ brüllten die Männer.

(Fortsetzung folgt.)

Disciplinar-Gerichtshof hat in seinen beiden Instanzen das Vorliegen einer bewußten Gebührenüberhebung festgestellt, aber das soll nun in den Augen der Staatsanwaltschaft den Herrn Stadthagen noch immer nicht „hinreichend verdächtig“ erscheinen lassen, sich einer vor den Civilgerichten strafbaren Handlung haben zu Schulden kommen zu lassen. Das begreife, wer es begreifen kann, ein Jurist, d. h. ein Vertreter des Rechts, wird es nicht begreifen können, und vom natürlichen Rechtsinn des gesunden Menschenverstandes wird es nicht verstanden werden, wie „zweispältig“ die Justizpflege sein kann. Wie wird es namentlich auf die Socialdemokraten wirken, wenn nun noch schwärfere und noch mehr dehnbare Strafrechteparagrapfen auf sie angewendet werden sollen? Wie muß dieser Fall über auch diejenigen Parteien zu ernstem Nachdenken auffordern, welche den Umsturzbestrebungen so weit als möglich fernstehen. Wenn schon die „jetzige Rechtsordnung“ im Deutschen Reich solchen Dingen allerdings kommt dabei das Anklammonopol der Staatsanwaltschaft zunächst in Betracht — Raum gewährt, wie mögen dann erst neue Rauchschuf-Paragrapfen gegen jede Opposition „angewandt“ werden?

Ein neues Vereinsgesetz für den preußischen Staat soll der „Bors. Ztg.“ zufolge dem preußischen Landtage und zwar zuerst dem Herrenhause, in der kommenden Session vorgelegt werden. Das jetzige preußische Vereinsgesetz stammt bekanntlich aus der Zeit der Octroyierung und des Belagerungszeitstandes von 1849. Das ist sehr verdächtig. Ohne Zweifel enthält d. r. neue Entwurf so viel weitere Beschränkungen des ohnehin so außerordentlich verkümmerten Vereins- und Versammlungsbrettes, daß bei einer Vorlage eines entsprechenden Reichsgesetzes von vornherein im Reichstag eine Mehrheit nicht zu erwarten ist. In Erkenntnis dessen zieht man es vor, sich an das Herrenhaus und die Cartellmehrheit des Abgeordnetenhauses zu wenden, die natürlich zur Vernichtung aller Rechte des Volkes noch stets zu haben ist. Wie weit man damit kommen wird, ist freilich eine andere Frage.

Der deutsche Reichstag wird durch unsere Partei Gelegenheit erhalten über dieses neueste Attentat auf die politische Freiheit sein Gutachten abzugeben. Ein Initiativantrag unserer Partei behandelt nämlich die Frage der Vereinsgesetzgebung durch das Reich.

Über die geplante Einrichtung der Zwangs-erziehung berichten die „Berl. Pol. Nachrichten“ das Folgende:

In denjenigen Kreisen, welche über das Verbrechenthum urtheilen können, herrscht längst Übereinstimmung darüber, daß eine der Hauptursachen der Häufigkeit von Verbrechen und Vergewaltigung insbesondere des gewöhnlichsten Verbrechenthums auf die Beleidigungen des Strafgeebuches über die Behandlung der jugendlichen Straftäters, d. h. derjenigen im Alter von 12-15 Jahren zurückzuführen ist. Die Erfahrung lehrt, daß wenn es darauf ankommt, den mit dem Strafgeebuch in Conflict gekommenen jugendlichen Menschen vor dem Hinabstürzen auf die Bahn des Verbrechens zu bewahren, die gerichtliche Strafe in der Regel nicht ausreicht, das Ziel vielmehr allein auf dem Wege der Zwangs-erziehung zu erreichen ist. Es wird daher in denjenigen Kreisen, welche mit der Kriminalistik und ihren Urtheilen sich vertraut gemacht haben, erachtet, daß behutsame Veränderung der Zahl der antisocialen Elemente der Gesellschaft thunlichst bald eine Abänderung des Strafgeebuches dahin vornehmen wird, daß es dem Ermeister des Richters vollkommen frei gestellt wird, ob er gegen jugendliche Personen bis zum 18. Lebensjahr Strafe oder Zwangs-erziehung oder Zwangs-erziehung neben Strafe verhängen will. Innerhalb der preußischen Staatsregierung wird zur Zeit die Frage erörtert, ob nach dieser Richtung hin für die Reichsgesetzgebung eine Anregung gegeben werden soll.

Zur Einführung der Sonntagsruhe. Nach der „Frankf. Ztg.“ ist dem Bundesrat der Entwurf einer kaiserlichen Verordnung zugegangen, welcher als Einführungstermin für das Inkrafttreten der Sonntagsruhe in der Industrie den 1. April feststellt. Der Entwurf sei den Ausschüssen überwiesen worden.

Eine Begründung. In der Duessdorfer Neuer gegen die la Croix ist dem Polizeiassessor von Blaesi, welcher als Cartellträger des Dr. Roewer fungirt hatte und deswegen durch Urtheil der VII. Strafkammer des königlichen Landgerichts I Berlin vom 24. September 1894 in einem Monat Festungshaft verurtheilt worden war, die gegen ihn erkannte Strafe nebst den Kosten des Verfahrens dem König von Preußen im Gnadenwege erlassen worden.

An Reichsmünzen wurden im December v. J. ausgeprägt für 20,355.880 Mark Doppelstücken, 101,439.85 Mark Fünf Pfennigstücke, 36,318.64 Mark Empfängststücke.

Die Salzsteuer, die unmoralischste aller Steuern, weil sie den kleinen Mann ungleich höher belastet, als die reichen Leute, hat im Steuernsjahr 1893/94 in ... von 4,843,819 M. ertragen. Es prändent par excellence.

trifft also auf den Kopf der Bevölkerung per Jahr eine Mark Salzsteuer.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Im böhmischen Landtage kam am Freitag ein Antrag auf Revision der Landtagewahlordnung zur Beprechung. Aus Prag liegt darüber folgende Meldung vor: Sando begründete einen Antrag auf Revision der Landtags-Wahlordnung und erklärte, die Jungzechen als Demokraten würden niemals von dem allgemeinen Stimmrecht ablassen. Der Antrag wurde einer Commission überwiesen. Rosten begründete einen Antrag auf Aufhebung des Ausschmezustandes, wies auf die Loyalität des czechischen Volkes hin und appellte an die Deutschen, die, wenn sie wahrhaft liberal seien, für die Aufhebung stimmen möchten. Der Redner beantragte die Überweisung des Antrages an eine Commission. Hierfür stimmten nur die Alt- und Jungzechen, so daß der Antrag a limine abgewiesen wurde, was Enttäuschungsrufe der Zechen veranloste. Hierauf wurde die erste Lesung des Antrages Scholz auf Erlös eines Gesetzes betreffend den Gebrauch der beiden Landessprachen seitens der öffentlichen Behörden Böhmens begonnen.

Zur ungarischen Ministerkrise. Es ist zu hoffen, daß diese langwierige Krise, die sich nun voll 19 Tage hinschleppt, endlich zu Ende gekommen sein wird. Unterm 11. d. M. wird aus Budapest gemeldet: Baron Desider Bánffy verhandelt heute mit mehreren politischen Persönlichkeiten wegen der Besetzung der einzelnen Ressorts. Wie verlautet, wird Bánffy das Ministerpräsidium und das Portefeuille des Ministeriums des Innern übernehmen. Fejervary wird das Portefeuille des Landesverteidigungsministeriums, Josipovic das Amt des Ministers für Kroatien, und wahrscheinlich auch Graf Festetics das Portefeuille des Ackerbau-ministeriums beibehalten; ferner soll der Staatssekretär im Finanzministerium, Lukacs, zum Finanzminister ernannt werden.

Italien.

Bernichtung für Crispi sind alle Wahlen ausgeschlossen, die in den letzten Tagen stattfanden. Selbst in Rom unter den Augen Crispis kam der radikale Gegner in die Stichwahl, und nur dem Aufgebot der ganzen cripischen Corruption — es wurden ganz offen wie in Amerika Riesensummen Gelder vertheilt — war es zu danken, daß der Cripianer hier schließlich durchdrang. Ebenso wie in der Parlamentswahl siegten in allen Provinzial- und Communalwahlen die ausgesprochenen Gegner Crispis und seiner Wirtschaft Vor allem bezeichnend ist die Wahl in Palermo. Hier kam am 6. Januar gegen den gemäßigten Anhänger Rudinis zum Entscheiden der Cripianer in Rom der Socialist Garibaldi Bosco in die Stichwahl, der Befürinder Fasci von Sicilien, der wie sein edler Genosse De Felice im Zuchthause schmachtet. Unbeschreiblich war die Begeisterung des Volkes von Palermo bei Bekündigung dieses Wahlresultats. Alle Straßen vor dem Wahllokal waren erfüllt mit Rufen: Es lebe Bosco! Niedert mit Crispi! Es lebe De Felice, Barbato und alle Brüder! Es leben die Fasci! Hoch der Socialismus! Und dieses Wahlresultat wurde erzielt in einem Colleg, in dem kaum vier ausgesprochene Socialisten sitzen; aber so überwältigend ist die Stimme des Volkgewissens, daß, als ein einziges Votum auf den Namen Crispi fiel, in dem Wahlcolleg selbst ein Pfeifen und Geschrei sich erhob: Abbasso Crispi! In galera! Alle gallera! (Auf die Galere mit Crispi!) Nächsten Sonntag wird die Entscheidungswahl in Palermo stattfinden. Es wäre ein Triumph des schmachvoll unterdrückten und doch siegreichen socialistischen Gedankens, wenn Garibaldi Bosco durchdringt.

Frankreich.

Gerault-Richard richtete an seine Wähler in Schreiben, in welchem er gegen das Votum der Kammer in heftiger Weise protestirt und sagt, er werde im Gefängniß verbleiben als Protest gegen die Verleugnung des constitutionellen Rechtes. — Nach einer Meldung aus Paris vom 12. d. Mts. wird Gerault-Richard in Folge seines Schreibens für die ganze Strafzeit das Abgeordnetenrecht entzogen.

Noch eine Ohrfeige für Casimir Périer. In Nomilly, der zweitgrößten Stadt des französischen Bezirks Argenteuil-Seine, wurden, wegen erfolgten Rücktritts, 14 sozialistische Mitglieder des Gemeinderaths gewählt, der dadurch ganz aus Socialisten besteht. — Herr Périer, der Bourgeois-prudent par excellence, wird recht sehr erfreut sein

über die Wendung, die mit seinen ehemaligen Wählern vorgegangen ist.

England.

Die Londoner Anarchisten-Affaire ist wieder einmal eitel Dunst. Die nach dem Auslande gemelbten Berichte über eine angeblich von Anarchisten vorgenommene Entlarvung eines französischen Polizeiagenten, so heißt es in einem Telegramm des Wolff'schen Bureaus aus London, erfährt hier nirgends Bestätigung und begegnet allgemeinem Unglauben. Dieselben scheinen lediglich den Inhalt eines vor etwa acht Tagen von einem hiergegen Morgenblatt veröffentlichten Berichtes wiederzugeben.

Serbien.

Prozeß Tschabinaz. Die Urteilsverkündung im Prozeß Tschabinaz fand am 12. d. Mts. statt. Das „Wolff'sche T. B.“ meldet hierüber: Die Angeklagten Ranko Taitsch, Djakowitsch, Gujewitsch, Stanjewitsch, Ruzitsch, Dimitsch und Tschandowitsch wurden zu drei Jahren, Tschabinaz in Berücksichtigung seines Geständnisses zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt. Die Angeklagten Nowakowitsch und Menadowitsch wurden freigesprochen. Be treffs des Gift-Attentats wurden die Angeklagten Djakowitsch und Miszkowitsch freigesprochen. — Nach einer Mitteilung der „Frankf. Ztg.“ haben die Verurtheilten gegen das Urteil sofort Berufung eingelebt.

Amerika.

Über die Wirkungen des Frauenstimmrechts im amerikanischen Staate Wyoming, woselbst es seit 25 Jahren eingeführt ist, wird in einer am 12ten December vorigen Jahres — am Jubiläumstage — von der Volkvertretung erlassenen Resolution Folgendes gesagt:

Der Besitz und die Ausübung des Stimmrechts durch die Frauen in Wyoming hat keinerlei schlechte, sondern nach vielen Richtungen sehr gute Folgen gehabt; er hat in hervorragender Weise dazu beigetragen, Verbrechen und Armut aus diesem Staat zu verbannen, und zwar ohne alle Gewaltmaßregeln; er hat friedliche und ordentliche Wahlen, eine gute Regierung, einer beweitenswerthen Grad von Civilisation und öffentlicher Ordnung herbeiführen helfen; und wir weisen mit Stolz auf die Thatatze hin, daß nach 25 Jahren, seit die Frauen das Stimmrecht besitzen, kein Distrikt von Wyoming ein Armenhaus besitzt, daß unsere Gefangenisse so gut wie leer und Verbrechen so gut wie unbekannt sind. Als das Ergebnis unserer Erfahrung dringen wir darauf, daß jeder civilisierte Staat auf Erden den Frauen ohne Verzug das Stimmrecht gewährt. Wir beschließen, daß eine authentische Abschrift dieser Resolution durch den Gouverneur unseres Staates den Regierungen aller Staaten und Territorien Amerikas und allen gesetzgebenden Körperschaften der Welt überreicht werde, und wir ersuchen die Presse der gesamten civilisierten Welt, die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf diese Resolution zu lenken.“

Ergebnis in den Vereinigten Staaten. Nach dem Jahresbericht des amerikanischen Ackerbau-Bureaus betrug die mit Mais bepflanzte Fläche 62,582,000 Morgen und ergab 1,212,770,000 Scheffel oder durchschnittlich 19,4 Scheffel per Morgen. Es ist dies der niedrigste Ertrag seit 13 Jahren. Die mit Weizen bepflanzten 34,882 000 Morgen ergaben 460,267,000 Scheffel, durchschnittlich 13,2 Scheffel; 27,024,000 Morgen, die mit Hafer bepflanzt waren, ergaben 662,087,000 Scheffel, 1,945,000 Morgen Roggen 26,727,615 Scheffel und 3,171,000 Morgen Gerste 61,400,465 Scheffel.

Parteiangelegenheiten.

Gegen die Umsturzvorlage. In Lüdenscheid am Dienstag, den 8. Januar, Genosse W. Liebenthal in einer Volksversammlung, welche von circa 2000 Personen besucht war, über: Socialismus und Umsturz. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Zum Schluß wurde eine Resolution gegen die Vorlage einstimmig angenommen.

Eine Protestversammlung gegen die Umsturz- und Zabafsteuer-Vorlage fand am Mittwoch Abend in Haldorf statt. Dieselbe war von ungefähr 2000 Personen besucht.

Zur Schluß wurde eine Resolution angenommen, welche sich in energischer Sprache gegen beide Vorlagen wendet.

Von über 500 Personen war eine Volksversammlung in Erfurt besucht, die nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Meißner einstimmig eine Protestresolution gegen die Umsturzvorlage annahm. Ebenso erklärte sich eine am 6. d. Mts. in Duisburg stattgefundene Volksversammlung gegen die Umsturzvorlage.

Arbeiterbewegung.

Glas- und Porzellanarbeiterstreik. Zur Zeit stehen im Ausland: die deutschen Glasarbeiter in Lüdenscheid, Höxter, Hensberg, Gladbeck, die französischen in Rive-de-Gier und Cognac und die spanischen in Barcelona. Ferner die Porzellanarbeiter in Berlin, Prodigiella und

Grohn-Begesatz. Vor Zugang nach allen diesen Orten wird gewarnt!

Nichtung, Metalldrucker! Die Metalldrucker der Firma Löw u. Söhne, Wasserhorstraße, Berlin, haben wegen bedeutender Lohnabzüge die Arbeit niedergelegt. Der Zugang ist stets fernzuhalten.

Nichtung, Bürstenmacher! Infolge einer Lohnreduzierung sind die Bürstenmacher einer Bürstenfabrik in Münster aufständig.

Zugang von Töpfern ist fern zu halten nach Görlitz, Giesenbrücke, Köln a. Rhein und Buxtehude. Ferner für Scheibenarbeiter nach Goswig in Anhalt.

Der schwäbische Streit der Weißblecharbeiter in Südwales wurde am 1. Januar beendet. Die Arbeiter erreichten eine Lohnverkürzung von nur 12½ p.c. statt der ihnen ursprünglich vortomten 25 p.c.

Neben die Fabrik von Dohnal in Freiburg wurde die Sperrung verhängt. Alle Arbeiter werden in ihrem eigenen Interesse eindringlich gewarnt, in dieser Bude Arbeit zu nehmen.

Wien. In der Fabrik für Heizungsanlagen der Brüder B. und C. Körting stellten sämtliche 73 in der Eisfabrik beschäftigten Arbeiter Mittwoch den 9. d. M. die Arbeit ein. Die Ursache der Arbeitseinstellung ist in erster Linie die an die Arbeiter seitens des Fabrikadirectors Bachaus gestellte Zunuthung, höchstlich unzureichend zu leistende Arbeit zu verrichten. Zugleich ist es fernzuhalten.

Sociale Übersicht.

Die Maßnahmen für den vorhandenen Notstand kann sicherlich die Abnahme des Fleischverbrauchs gelten. Aus der Umgegend von Berlin berichtet mir vor einiger Zeit, daß vielleicht Hunderttausend als Ertrag für Kindfleisch genommen wird. In Halle a. S. ist, wie das "Volksblatt" mittheilt, der Fleischverbrauch im Monat Dezember wesentlich zurückgegangen gegen den gleichen Monat im Vorjahr. Das Verhältnis stellt sich wie folgt:

	1893	1894
Schweine und Rullen	194	169
Kühe und Färden	405	363
Rinder	1412	996
Schafe	1033	949
Schweine	2737	2113
Pferde	86	67

Man braucht nur das durchschnittliche Schlachtwesen der vorgenannten Thierarten sich zu vergegenwärtigen, um zu erkennen, wie außerordentlich stark der Kindfleischverbrauch gewesen ist. Und dabei zeigte schon der Dezember 1893 keinen besonderen Verbrauch.

Die Fürsorge für den Arbeiter, so schreibt man der "Leipziger Volkszeitung" aus Mannheim, treibt immer herzhafte Blüthen. Sozietätsweise, für die Arbeiter bestimmt, sind keine Seltenheiten mehr. Die billigsten dieser Art habe bisher Capian Eise fabrikt. Überhaupt wird deren Leistung durch ein vom Mannheimer Fabrikanten-Kreis hergestelltes und in allen dem Kreise angehörenden Fabriken zur Versorgung gelangtes Kochbuch. Dasselbe war ein Weihnachtsgeschenk für die Arbeiter. Zwei Recepte seien dem Blüthen entnommen, die das ganze Nachwerk genügend dauerstellen. Nach dem einen Recept können sechs Personen für 41 Pf., zwölf Personen für 72 Pf. zu Mittag speisen, nach dem zweiten für 29 Pf. bzw. 44 Pf. Das billigste Recept in dem Disconto: "Hausliches Glück" kostet bestimmt für vier Personen 28 Pf., wofür sie u. a. Schneidestückchen einen sollen. Damit man aber an der Möglichkeit einer so billigen Ernährung nicht zweifle, soll hier eines der Recepte vollständig wiedergegeben sein: Gefüllt mit Brotsuppe, Spätzle und Salat. Dazu braucht man

für sechs Personen	für zwölf Personen
Wohl 1½ Pf.	7 Pf.
Salat	6 "
Ei 1	5 "
Schmalz	5 "
Milch 1½ Ltr.	4 "
Brötchen 1 Stk.	2 "
	Summa 29 Pf.
	Summa 44 Pf.

Diese Recepte, die kaum noch mit der italienischen Polenta concordieren können, waren selbst einzelnen Feuerfanten etwas zu möglich; da sie aber zum erstenmal hergeholt waren, mussten sie zur Versorgung kommen, um den Arbeitern genügende Nahrung zu bereitstellen. Es geht doch nichts über die Arbeitersfürsorge des Unternehmers.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der "Volksstimme")

Auf dem Reichstage. Der Kampf hat nun vorläufig jetzt Ende gefunden, die Umschlagnorm ist am Samstagabend an die Kommission verwiesen worden, aus die sie erst im nächsten Monat wieder an das Plenum des Reichstages gelangen. Die Debatten bei letzten Tagen standen den vorjährigen Tagen zu Jüttelte nicht nach. Noch doch der neue Reichskomplex noch in letzter Stunde zur Vorlage des Wortes. Es war nur eine lange Rede, die er zum Abschluß noch abhatte, und Gedankenschatz wies sie nicht auf, aber sie war doch äußerst interessant, als Zwei Hobelstahl mit einer ihm noch nicht eigenständigen Besinnlichkeit betonte die Vorlage enthalte das Hindernis besser, was nach der Ansicht der verbündeten Regierungen zur Sicherung des Reiches notwendig ist. Der Zorn macht befürchtig die Staat und aus dem Zorn des Reichstagspräsidenten sprach nur ja etwas wie eine Bedrohung der Reichstagsordnung heraus.

dem der Reichskanzler seine Reden gehalten, stieg er "zum Volke" herab. Er suchte den Grafen Herbert Bismarck auf und unterhielt sich längere Zeit mit ihm. Dem Reichskanzler folgten dann der Kriegsminister und Herr v. Kölle. Handelte es sich bloß um den Besuch,

den der 75jährige Fürst Hohenlohe dem achtzigjährigen Fürst Bismarck am heutigen Sonntag in Frieden verhakt oder soll etwa Herbertchen sein eminentes staatsmännisches Können, daß er bei der Samoafrage und der Wohlgemuth-Affaire so glänzend bewiesen hat, von Neuem bewähren? Bei den neuesten Euren ist ja Alles möglich und der Ministerstuhl des Herrn v. Marshall soll ja, obwohl die Möbel für das neue Reichshaus völlig neu angebracht worden sind, bedenklich wackeln.

Mit der Regierung und den gegnerischen Parteien hielt unser Genosse Frohme am letzten Tage noch eine gründliche Abrechnung. Jeden einzelnen Redner, jeden einzelnen Minister widerlegte er scharf und sachlich. Besonders wirklich war die Abfertigung, die er dem Kriegsminister zu Theil werden ließ und die Bemerkungen des Redners über die Institution der Monarchie. Die Herren rechts rütteten dabei gar unruhig auf ihren Sitzen herum. Sie schmerzt es ja schon, daß die beiden Brüder von Humboldt, die in Stein gewiebelt vor der Berliner Universität sitzen, nicht aufstehen, wenn eine leere Hofequipage die Linden entlang bei ihnen vorbeifährt und run müssen sie von Frohme solch deprecirtliche Ausführungen über die Monarchie mit anhören. Sie waren wirklich zu bedauern.

Unser Genosse brachte den Kriegsminister zum zweiten Male auf die Beine und auch Herr v. Kölle zückte sich zur Antwort. Der Kriegsminister fügte lästiglich an, bald aber befand er sich wieder im gewohnten Fahrwasser und wurde beleidigt. Ein Ruf rief ihm die treffende, freilich etwas derbige Antwort. Herr v. Levetzow mußte wieder einmal interponieren. Als Major der Landwehr konnte er dem General Bronsart von Schellendorf nicht entgegentreten und so rief er einzigt unsere Genossen zur Ordnung.

Widerlegen konnte weder der Kriegsminister noch der Polizeiminister die Reden unserer Partei, der Polizeiminister that was seines Amtes, er nahm den ehemaligen Stand der Polizei kräftig in Schutz.

Letzter Redner war der conservative Herr von Buchta. Zu bewundern war die Ratsblütigkeit, mit der er trotz der übergroßen Unruhe des Hauses und der sichtlichen Erhöhung des Hauses keine wohlmeintende Rede im Schnelltempo hinfattoßte.

Ein merkwürdiger Herr ist der Centrumabgeordnete Leno aus Amberg in Bayern, der die Sitzung mit einer Rede einleitete, in der er die Durchmühl-Affaire für keine deutsche, sondern eine bayrische Angelegenheit erklärte sich im Übrigen sehr wohlwollend zur Vorlage ausgesetzt. Sein Parteigenosse Spahn beschwerte ihn sofort, indem er einen stark ablehnenden Standpunkt einnahm und so ist zu hoffen, daß bei der Commissionssitzung der Vorlage nicht viel Schwieriges herauskommt.

12. Sitzung. Samstagabend, den 12. Januar. Nachmittag 1 Uhr.

Präsident von Ledebur eröffnet die Sitzung.
Am Sonntagabend: Bericht von Schellendorf.

Niederholung: Herr Bismarck.

Die geringe Beauftragung wird fortgesetzt.

Herr Bismarck (Dr.): Er will über die Sätze von Sigl in die Debatte geogene Sätze von Durchmühl eine Erklärung abgeben. Die Durchmühl-Sätze gibt den Sitzungsräumen an, sie ist eine private Angelegenheit Bismarcks, es handelt sich darum, ob ein bürgerlicher Beamter, ein bürgerlicher Offizier richtig gegen bürgerliche Landesfeinde vorgegangen ist. Das muß der bürgerliche Sitzung zu entscheiden haben. Herr Sigl habe genau nun bringe die Sache nicht vor das Schwurgericht, sondern vor die Strafkammer. Das ist eine Unterscheidung der bürgerlichen Gerichte, die unbedingt ist. Vor das Schwurgericht gehören doch nur die höheren Beamten. Wenn sie das Entfernen mit als Vergehen erachten, müssen die Sätze vor die Strafkammer. Die Behauptung Sigls, daß ein Mitglied des höchsten bürgerlichen Gerichtshofs sozialdemokratisch gewählt habe, mache er, je länger Sigl nicht den Sitzungsräumen geblieben habe, als große Unschärheit bestehen. Herr Schröder habe die Sitzung in Sigl nicht richtig zuwidergehalten, er sei der einzige Demokrat, der in Bayern gewählt ist, er mit seinen Befürwortern besteht einen grünen Aberglauben. Das Gericht würde die Partei schaden und Heiderungen erhaben. SS des Ständigerichts in ihrem Sitzungssaal bringen für eine weitere Erweiterung der Befürchtungen werde das Gericht nicht zu haben sein. Dagegen bestimmt er den Befürchtungen des Sozialdemokratischen Parteien und auch einer Gewerkschaft für die Partei vor der Partei eingezogen. Dass werde der Befürchtung der Partei Sigl vorgegeben. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Beschluß von Ledebur: Der Beschluß hat Herrn Sigl große Unschärheit verursacht und die Partei des Herrn Schröder bestätigt. Ich rufe den Herrn Kanzler herauf zur Erklärung.

Herr Speck (Dr.): Auf der Tafel steht der Bericht: Die Beschwerde der Partei vor der Partei

der Minister ließen ganz genau erkennen, daß es sich um ein Ausnahmegesetz im Sinne des Sozialistengesetzes handelt. Er polemisiert dann gegen die Ausführung des Abg. Graf Limburg, daß das Gesetz kein Ausnahmegesetz sei. Die Ausführungen des Abg. Gröber richteten sich nicht gegen die Freiheit der Wissenschaft, wir halten den Verfassungslatz von der Freiheit der Wissenschaft hoch. Was wir von den Professoren verlangen ist, daß sie, die von unserem Gelde bezahlt werden, nicht den Gemüth unserer Kinder vergessen. Der Justizminister hat Vertrauen zu unseren Gerichten verlangt. Die Gesetze sollen aber so formuliert werden, daß ein besonderes Vertrauen unnötig ist. Herr von Kölle hat gestern den Dictaturparagraphen mit dem Hinweis auf seine nur einmalige Anwendung vertheidigt. Auf die Anwendung aber kommt es gar nicht an. Wenn ein solches Damoklesschwert über jedem hängt, dann hätten sich jeder auch im Rahmen des Erlaubten seiner Meinung Ausdruck zu geben. Die Aufforderung des Ministers, alle Brieftaube zu vergessen können wir nicht ohne weiteres befolgen, weil wir Katholiken in Deutschland zu traurigen Erfahrungen gemacht haben. Wir müssen abwarten ob uns die Regierung weiteres Material vorlegen wird. Wir können der Regierung nicht Waffen in die Hand geben, auf deren Anwendung wir fast gar keinen Einfluß haben. Die starken Wurzeln der Socialdemokratie liegen in der schrankenlosen Gewerbebefreiheit und im Culturfeld. Die liberalen materialistischen Professoren tragen die Hauptschuld an dem Entstehen des Anarchismus. Wir wissen aus den Geständnissen zweier Anarchisten, daß sie durch die Lecture von Büchners "Kraft und Stoff" Anarchisten geworden sind. Wir werden in der Commission danach streben, bei der Änderung des Strafgesetzbuches auch schärfer Bestimmungen gegen die Unfreiheitlichkeit zu treffen. Falsch sei es übrigens, wenn man die Zunahme der Verbrechen und Vergehen auf das Conto der Socialdemokratie stellen sollte. Die Zunahme der socialdemokratischen Stimmen in Berlin sei ohne jeden Einfluß auf die Zahl der in Berlin verübten Vergehen und Verbrechen geblieben. Mit Strafbestimmungen werde man überhaupt die Socialdemokratie nicht töten können, denn ihre Lehre verbreite sich von Mund zu Mund von Person zu Person. Es wäre besser gewesen, die Vorlage überhaupt nicht einzubringen, denn schon ihre Bezeichnung als Unzulässigvorlage gebe den Socialdemokraten Gelegenheit sie als gegen ihre Klasse gerichtet zu bezeichnen. Der Hinweis auf das französische Anarchistengesetz dürfe nicht maßgebend sei. Denn dieses Gesetz richtet sich gegen bestimmt bezeichnete anarchistische Verbrechen, während das deutsche ganz allgemein sei, außerdem bestreite man in Frankreich niemanden auf die Aussage eines Zeugen hin. Redner geht zu einer Kritik der Einzelheiten des Gesetzentwurfes über. Das Eigentum soll gezeigt werden. Da könne es dahin kommen, daß gesundheitspolizeiliche Baubestimmungen nicht getroffen werden könnten, die ja ohne Eingriffe in das Eigentum nicht möglich seien. Der Notwendigkeit, der Religion einen schärferen Schutz zu gewähren, würde sich das Centrum dagegen nicht verschließen. Wir lehnen die Vorlage nicht grundsätzlich ab, sondern werden sie von innen heraus prüfen. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler führt zu Hohenlohe. Die Regierungen sind der Ansicht gewesen, daß es notwendig sei, die Vergnügungen weiter Kreise, die sich in ihren heiligsten Gefühlen und in ihrem Besitz bedroht sehen, zu entkräften. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Sie die Gefahren, von denen die bürgerliche Gesellschaft bedroht ist, erkennen. Sie haben sich entschlossen, nicht den Weg des Ausnahmegesetzes zu betreten, sondern den der Verschärfung einzelner Bestimmungen des gemeinen Rechts. Die Frage, ob die günstigen Folgen, die man §. 3. an das Gesetz vom Jahre 1878 knüpft, eingetreten sind oder nicht, ist sehr schwer zu beantworten. Wir müßten eine gewisse mittlere Diagonale einhalten. Der Gesetzentwurf ist ein Mindestmaß dessen, was nach Ansicht der Regierung zum Schutz der inneren Sicherheit des Reiches, zur Sicherung unserer höchsten Güter erforderlich ist.

Es ist falsch, zu behaupten, die Vorlage solle die freie Meinungsausübung beschränken. Nicht die Meinungen, nur ihre Form soll getroffen werden. Die Vorlage betrifft nicht die freie Meinung, sondern nur die Methode des Kampfes. Wie es völkerrechtliches Gesetz ist, im Kriege der Völker gegen einander weder vergiftete Waffen noch Explosionsstoffe anzuwenden, so befolgt auch die Vorlage diesen Grundsatz für den Kampf der Meinungen. Der freie Widerstreit der Meinungen soll nicht beschränkt, aber Hass, Verleumdung und Gewalt muß verhindert werden. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler führt zu Hohenlohe. Die Regierungen sind der Ansicht gewesen, daß es notwendig sei, die Vergnügungen weiter Kreise, die sich in ihren heiligsten Gefühlen und in ihrem Besitz bedroht sehen, zu entkräften. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Sie die Gefahren, von denen die bürgerliche Gesellschaft bedroht ist, erkennen. Sie haben sich entschlossen, nicht den Weg des Ausnahmegesetzes zu betreten, sondern den der Verschärfung einzelner Bestimmungen des gemeinen Rechts. Die Frage, ob die günstigen Folgen, die man §. 3. an das Gesetz vom Jahre 1878 knüpft, eingetreten sind oder nicht, ist sehr schwer zu beantworten. Wir müßten eine gewisse mittlere Diagonale einhalten. Der Gesetzentwurf ist ein Mindestmaß dessen, was nach Ansicht der Regierung zum Schutz der inneren Sicherheit des Reiches, zur Sicherung unserer höchsten Güter erforderlich ist.

Es ist falsch, zu behaupten, die Vorlage solle die freie Meinungsausübung beschränken. Nicht die Meinungen, nur ihre Form soll getroffen werden. Die Vorlage betrifft nicht die freie Meinung, sondern nur die Methode des Kampfes. Wie es völkerrechtliches Gesetz ist, im Kriege der Völker gegen einander weder vergiftete Waffen noch Explosionsstoffe anzuwenden, so befolgt auch die Vorlage diesen Grundsatz für den Kampf der Meinungen. Der freie Widerstreit der Meinungen soll nicht beschränkt, aber Hass, Verleumdung und Gewalt muß verhindert werden. (Beifall im Centrum.)

Die Sozialdemokratie hat keine Regierung mit gebrachte. (Beifall rechts.) Alles was zu den grundlegenden Errichtungen des Vaterlandes und der Familie gehört, muß von uns vertheidigt werden. (Beifall rechts.) Es ist gezeigt worden, im Kampf gegen den Untergang helfen nur soziale Reformen, nicht neue Strafgesetze. Die Fürsorge des Reiches für die unteren Klassen hat aber in Wirklichkeit gar keine Verbindung mit dem Kampf gegen die Socialdemokratie. Seit Gründung des Reiches und besonders seit der Kaiserlichen Botschaft von 1881 ist keine Gesetz vorübergegangen, ohne daß die Regierung dem Reichstag Gesetze für das Wohl der arbeitenden Klasse vorgelegt hatten. Kaiser Wilhelm II. hat seine Regierung mit der Einberufung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz eingeleitet und seitdem ist die Regierung bemüht gewesen, unablässig auf den Fundamenten des christlichen Volkslebens ein gewisses Maß von Wohl den Arbeitern zuzuwenden. Es ist für sie im Falle der Krankheit, des Unfalls und der Invalidität gesorgt. Darin sind wir von keinem Lande der Welt übertroffen. Dieser Weg wird nicht verlassen werden. (Beifall rechts.) Anders liegt es mit dem Kampf gegen den Untergang. Er richtet sich nicht gegen einzelne Klassen der Bevölkerung, sondern ist der Kampf gegen das internationale und soziale Verbrechen. Darin hoffen wir auf die Zustimmung und thatkräftige Hingabe des Reichstages. (Beifall rechts.)

Herr Luschütz (Dr.) erklärt, daß die große Mehrheit seiner Partei mit Herrn von Stumm vollständig einverstanden ist. Die Socialdemokratie sei anderen Parteien nicht gleichgestellt, da sie nicht auf dem Boden der heutigen Staatsordnung steht, diesen Boden wenigstens sofort verlassen werde, sobald sie die Zeit für gekommen erachte! Dann werde sie den übrigen Parteien Bedingungen dictieren, die von demokratischen Prinzipien jungen würden, der die Partei ihrer jetzt auszeichnet. Dabei steht die Rolle der Socialdemokratie noch gar nicht klar, und dies erstaunt mich sehr, wenn ich den Titel höre, den Herrn von Stumm

zehr wenn sie mangelhaft sei, aufzurüsten, ohne zu wissen, was an ihre Stelle treten soll. Die Socialdemokraten nennen sich die Arbeitervertreter. Wo steht denn das geschrieben? Wir auf der Rechten vertreten die Arbeiterinteressen mehr als die Socialdemokraten, die in meinen Augen die größten Arbeiterfeinde sind. Gegen die gewissenlose Verführung wollen wir die Arbeiter schützen und dazu ist die Vorlage geeignet. (Beifall rechts.)

Abg. F. Rohme (Soed.) Ich will alle die Angriffe und Unterstellungen zurückweisen, die im Laufe der Debatte gegen unsere Partei gerichtet worden sind und es soll ihnen dabei nichts gelehnt werden. Die Regierungsvertreter mögen verzeihen, wenn ich erst am Schlusse auf ihre Ausführungen zurückkomme, sie rangieren ihrem Werthe nach an letzter Stelle. Herr von Stumm schreibt uns gewaltähnliche Absichten zu. Wir haben aus unserer revolutionären Gesinnung nie einen Hehl gemacht, aber auch stets betont, daß wir unter Revolution keinen gewaltvollen Umsturz verstecken. Um diese Erklärung aber drücken sich die Herren rechts immer herum, sie impfen uns einfach den gewaltvollen Umsturz. Herr von Stumm hat hier einen Auszug aus den Blum'schen "Lügen" vorgetragen und dabei den diffichen Unterschied zwischen der Partei hier im Hause und außerhalb des Hauses gemacht. Ich glaube, er wollte uns die wir hier im Hause sitzen, auch trepen. Was hat Herr von Stumm nicht alles vorgebracht? Aus Ausführungen Kuer's entnahm er, daß wie für freie Liebe schwärmen. Das ist eine Unwahrheit, die uns so oft entgegengehalten wird, daß sie uns nicht mehr überrascht, am wenigsten, wenn Herr von St. ... sie weiter verbreitet. Was fehlen Sie aber von der Institution der Ehe? Lesen Sie von den Annoeentheit z. B. die "Hamb. Nachrichten". Da werden von Heirathsbüros 28 junge Mädchen, da 18 junge Mädchen ausgeboten, wie eine Hammelherde preist man sie an. (Sehr richtig links.) Wenn Sie ehrlich wären, würden Sie sich hütten, nur ein einziges Wort in diesem Punkte gegen uns zu sagen. Man wirft uns mit den Anarchisten zusammen. Weder in der Presse noch in Versammlungen haben wir je anarchistische Attentate glorifiziert, wohl aber haben wir den Versuch gemacht, diese Erscheinungen zu erklären. Der Anarchismus ist das legitime Kind der autoritären Gewalt, er ist kein Erzeugniß der Neuzeit. Wer das leugnet, versündigt sich an der historischen Wahrheit. Die Anarchisten haben in den herrschenden Klassen viel mehr Verwendung als bei uns. Die Leute, die den Massenmord predigen, das sind die wahren Anarchisten. (Sehr richtig links.) In dem von Herrn v. Stumm angeführten Kalender sind nicht nur Attentate, sondern auch Hinrichtungen, also Thaten der strafenden Gerechtigkeit, ausgezeichnet. Wir reizen Niemanden zu Gewaltthaten an, die herrschenden Klassen haben solche Gewalt haben noch immer provoirt. Herr v. Stumm hat hier sein Recept gegen uns verkündet, er ist sich wohl nicht ganz klar über die Größe der Zahl von Agitatoren, die nach seinem Willen ausgewiesen oder interniert werden müßten. Wir sollen die Unzufriedenheit systematisch in den Massen verbreiten. Die Unzufriedenheit verbreiten die Thatsachen. Als z. B. die Civilisten gewisser Fürsten, aus Rücksicht auf die gestiegenen Preise erhöht wurden, da wurde Unzufriedenheit im Volke laut. Man sage sich, diese Leute könnten sich am allerleichtesten nach ihrer Decke strecken. (Beifall bei den Soed.) Man sei froh, daß die Massen in ihrer Unzufriedenheit auf einen Weg der organischen Entwicklung gewiesen werden. Herr von Stumm sprach von uns als von einem Staafe im Staate. Er hätte auf das Königthum Stumm hinweisen sollen. Dort herrscht er als absoluter Arbeitsherr über tausende von Arbeitern. Er verlangt von ihnen den politischen Gehorsam, keiner darf wählen, wie es ihm beliebt. Dafür schafft er seinen Arbeitern Wohlfahrtseinrichtungen, die aber nicht viel größeren Werth haben, als die Wohlfahrtseinrichtungen, die man auch dem Vieh an manchen Orten zufommen läßt. (Oh rechts.) Denn wo der Mensch aufhört, wo die Freiheit des Menschen aufhört, sinkt er zum Thier herab. Herr Stumm entrüstet sich über den Berliner Boykott und er boykottiert seit Jahren mißliebige Arbeiter, ganz consequent. (Sehr richtig links.) Herr von Stumm sagt, man votiere in gewissen Kreisen mit der Socialdemokratie. Er greift die Professoren an, die ehrlich genug sind, das Bestehen einer sozialen Frage anzuerkennen. Besonders schlecht kam der Pfarrer Naumann fort. Selbst dieses Minimum von Anerkennung sozialer Missstände ist den Herren zu viel. Wehe der Gesellschaft, wenn die Ansichten von Leuten à la Stumm siegen. Herr von Stumm hat auf die Veruntreuungen und Kassendiebe in unserer Partei hingewiesen. Oh, wenn wir mit gleicher Münze dienen wollten. Im Großen und Ganzen sind solche Dinge bei uns selten vorgekommen, und man hatte immer Erklärungen und Entschuldigungen dafür. Ich kenne zwei Leute, die zu Lieben am Eigenthum ihrer Genossen wurden, weil sie durch den Boykott der Unternehmerklasse die größte Not litt. Sehen Sie sich in Ihrem Lager um! Denken Sie an die Bankräuber Jerusalem und Winkelmann, an Sommerfeld und Maas und an die Abgeordneten Wehr, vorr. Heede, North und die andern. Aus unserer Partei können Sie keine solche Namen nennen. Verleser Sie also mit solchen Angriffen nicht die Ehre einer Partei, deren Schild rein ist. (Sehr richtig links.) Herr von Stumm hat mit Nachdruck betont, die Rede von dem berechtigten Recht der Socialdemokratie sei eine leere Phrase. Beleidigend stammt diese Redensart vom Fürsten Bismarck. Nun liegt Herr von Stumm: Die Socialdemokraten haben ja niemals eine Forderung zu Gunsten der Arbeiter aufgestellt, was geschehen sei für die Arbeiter, das verdanke man den sogenannten staatserhaltenden Parteien. Ach nein, meine Herren, so liegt die Sache doch nicht. Es gab eine Zeit, und sie liegt noch nicht weit hinter uns, wo die sogenannten staatserhaltenden Parteien fast durchweg ebenso wie die Regierung auf dem Standpunkt standen, daß überhaupt für die Arbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung nichts zu geschehen habe. Das sprach im Jahre 1877 die offizielle "Provinzial-Corresp." offen aus. Sie veröffentlichte eine amtliche Denkschrift, in der die Regierung ausdrücklich erklärt, daß im Interesse des öffentlichen Friedens ein Eingehen auf die Forderungen der Arbeiter nicht ratsam erscheine, und das forderten damals die Arbeiter? Forderten sie die Köpfe der Aristokratien und Bourgeois? Ach nein, gewölbliche Schiedsgerichte, Reform der Strafjustizarbeit, Ausgestaltung der Unfallversicherung verlangten sie. Und damals erschienen diese Forderungen der Regierung bedenklich im Interesse der bestehenden Ordnung. Wenige Jahre später mußte man sich selbst zu dem Grundsatz bekennen, daß doch etwas Positives für die Arbeiter geschehen

müsse. Die socialdemokratische Partei ist die erste gewesen, die mit Nachdruck für eine grundliche Sozialreform im Interesse der Arbeiter, soweit sie im Klassenstaat möglich ist, eintrat. Hinterher haben Sie (zur Rechten) erst aus der Not eine Tugend gemacht und sich aus Furcht vor der Socialdemokratie zu der sozialen Reform bekannt. Das hat Fürst Bismarck 1886 selbst zugestanden. Jetzt wollen Sie den Arbeitern etwas bieten. Aber die Arbeiter haben wohl gemerkt, was hinter diesem Angebot steckt und gerade die Reden des Herrn v. Stumm hier im Reichstage haben den Arbeitern die Augen darüber geöffnet, was eine solche gouvernmentale Sozialreform wert ist. (Sehr gut! bei den Soed.) Hat man nicht offen erklärt, nun in so ausgiebiger Weise für die Arbeiter gesorgt sei, kann man unbedenklich den Arbeitern die politische Freiheit und das Coalitionsrecht nehmen? Für das Liniengericht der Sozialreform sollen die Arbeiter auf das Wahlrecht verzichten. Und wir sind davon überzeugt, daß die reaktionären Parteien alles thun werden, die Arbeiter um ihre Rechte zu bringen. Herr v. Stumm, der nicht zu hoffen braucht, daß die patriarchalische Form der Ausbeutung, wie er sie liebt, die Arbeiter günstiger stimmt für die bestehende Gesellschaftsordnung, verlangt geradezu ein neues Ausnahmegesetz an Stelle der Vorlage. Dass man Wissene macht, Ausnahmegesetze zu schaffen, das wissen wir. Diese Vorlage ist der Ausgang zu Dingen von viel ernsterer Art, die noch kommen sollen. Grade deshalb lehnt sich auch das arbeitende Volk um so eimüthiger gegen die Vorlage auf. Das zeigen die Protestversammlungen. — Herr Groeber hat sich etwas zu Gute damit, hier den vielberufenen Zwiespalt innerhalb der Socialdemokratie herzuheben. Es wäre richtiger, der Herr bliebe bei dem Zwiespalt, mit welchem seine eigene Partei, namentlich in Bayern, sich abzufinden hat. Herr Groeber berief sich auch auf die christliche Liebtheit der barmherzigen Schwestern und meinte, eine von ihnen leiste mehr, als die ganze Socialdemokratie zusammen. Nun, die Leistungen der barmherzigen Schwestern an sich in allen Ehren! Ich habe nichts dagegen zu sagen. Aber es ist doch zu fragen: Was hat denn das praktische Christenthum bis jetzt eigentlich ausgerichtet im Interesse der Menschheit? Hat etwa die christliche Barmherzigkeit das sociale Glück abgeschwächt, die Klasseaufmärsche gemildert, hat es mit all seiner Liebtheit die Auflösung der Gesellschaft zu verhindern vermöcht? Wohl aber hat die Socialdemokratie, die Masse der organisierten Arbeiter, denn doch im Punkte der Solidarität und Humanität von jeher ganz Außerordentliches geleistet. Die Arbeiter haben längst ihre Unterstützungsklassen gehabt, ehe von der gouvernmentalen Sozialreform die Rede war. Was diese Klassen geleistet haben im Sinne der Menschlichkeit, was die Arbeiter gegenseitig sich gedient haben in Liebe, das übertragt denn doch wahrhaftig das, was das offizielle Christenthum je leisten konnte, um ein Außerordentliches. Herr Groeber wußt weiter auf die außerordentliche Belastung der Unternehmer durch die Arbeiter-Berücksichtigung. Diese Klage paßt nun schlecht zu der christlichen Liebe für die Bedrückten. Aber ist denn die Leistung der Unternehmer wirklich so groß? Für jeden Industriearbeiter beträgt sie im Jahr 1893 6,52 Mark, für jeden Landarbeiter 49½ Pfennig. Und zahlen die Unternehmer diese Beträge aus ihrer Tasche? Sie zahlen sie doch aus dem, was an Arbeitsentgelten der Arbeiter hineingepfossen ist. (Sehr gut bei den Socialdemokraten.) Stein außer Jesu Christus, sagte Herr Groeber. Ich sage: es gibt kein Heil außer in der menschlichen Gerechtigkeit, wie sie die Socialdemokratie erstrebt. — Nun zum Herrn Abg. v. Limburg-Stirum. Er will uns nicht Arbeiterpartei nennen, er behauptet, wir thäten nichts für die Arbeiter, weil wir gegen die Arbeiter-Berücksichtigungsgesetze gestimmt haben. Weshalb thäten wir das? Weil sie uns nicht weit genug gingen. Nicht gegen ihr Prinzip selbst, sondern gegen die Art, die dies Prinzip reactionären Zwecken dientbar mache, wandten wir uns. Der Redner hat weiter frischweg behauptet, wir wollten das Eigenthum vernichten. Das sagt ein Mann, der auf social-politische Bildung Anspruch macht. Weiß er denn nicht, daß die Socialdemokratie nicht das Eigenthum, sondern nur den Missbrauch abschaffen will, der mit ihm seitens der Privilegierten getrieben wird? Die Socialdemokratie will erst ein auf wahrhaft naturtechnischen Grundlagen beruhendes Eigenthum schaffen. Heut ist das Eigenthum, wie schon Plassalle treffend bemerkte, "Fremdthum" geworden. Wir sagen nicht: Nieder mit dem Capital, sondern her mit dem Capital! (Gelächter rechts.) Ja her mit dem Capital, daß jener Mensch sein naturtechnisches Eigenthum erwerben und genießen könne. Wir wollen die Produktionsmittel, die jetzt in privaten Händen sich befinden, der Allgemeinheit übertragen, damit jeder erhalten, was er durch eigene ehrliche Arbeit schafft. Die heutige Gesellschaft ist ein unausgesetzter Frevel, ein ständiges Verbrechen gegen das Eigenthum. Wo wird mehr gefredet, als in einer Gesellschaft, wo man in solch unverantwortlicher Weise, wie heute, die Seele aller Werthe, die Arbeit ausnutzt? Die ungeheure Schädigung, welche der Capitalismus in der Menschheitswelt anrichtet, die Verwüstungen, die er am Menschenleib bewirkt, können nicht vom allerbüßtesten Anarchismus und verfügte er über alles Dynamit und über alle Dolche der Welt, bewirkt werden. — Herr von Limburg-Stirum meinte, das Bauernlegen sei wohl nach dem 30jährigen Kriege vorgekommen, als die Verhältnisse zerstört waren, aber sonst nicht. Ach nein, die ganze preußische Agrargesetzgebung — sagt Plassalle — ist mehr als ein Verbrechen gegen den armen Mann. Der Großbesitz zieht den Kleinen an sich, der Bauernstand verschwindet immer mehr unter dem Übergewicht der landwirtschaftlichen Großproduktion. Und Sie, meine Herren, mit allen ihren Palliativmitteln und Versicherungen von Bauernfreundlichkeit, werden den Bauernstand nicht retten vor dem unvermeidlichen Untergang. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Der Herr meint auch, wir umgirgen die Gesetze und vernichten Treu und Glauben. Gewiß bemühen wir uns, uns in erschrecklichster Weise mit dem Gesetz abzufinden, will man das Umgehung nennen — gut. Wer aber zerstört Treu und Glauben? Wir haben das Coalitionsgebot. Wie aber wird es ausgelegt? Es steht nur noch auf dem Papier. Polizei und Justiz sind unausgeführt bewußt, die Gesetze so auszulegen, daß sie für die Arbeiter gar keine praktische Bedeutung mehr haben. Heißt das Treu und Glauben festhalten? Und wir wird mit dem Wahlrecht, der Wahlfreiheit verfahren? Heißt das Täufung vor dem

Gesetz lehren, wenn die Besitzübermacht oder die Autorität eines Beamtenhums die Arbeiter bedrückt. Was haben Sie — zur Rechten — dem Volke nicht schon alles versprochen? Und wie haben Sie es gehalten. Wie wollten Sie da von Treu und Glauben reden! — Nun zu Herrn v. Bennigsen. Die Einigkeit der bürgerlichen Parteien, die er anstrebt, wäre ein Wunderwerk. Wir glauben nicht daran. Schon hier im Hause sind die Gegenfäße, die unversöhnlich sind, zum Ausdruck gekommen. Noch schärfer draußen. In Meyers "Emancipationstampf der arbeitenden Klassen" wird folgende Neuzeitung Miquels zu dem Redakteur der "Rheinischen Zeitung", Bürger, im Jahre 1864 mitgetheilt: "Sie sprechen so erregt. Das ist dann am Platze, wenn wir auf den Strafen die Massen aufrufen, den Junkern die Köpfe abzuschlagen." (Hört hört links.) So sprach der Mann, den Sie (zur Rechten) jetzt zu Ihrem treuesten Bundesgenossen haben. Zu einem ganz speziellen Zwecke, zu einer vorübergehenden Action mögen sich die bürgerlichen Parteien vielleicht verständigen können, aber hernach würde der Kampf zwischen diesen Richtungen um so kestiger entbrennen. Evangelische und Katholische schlagen sich gegenseitig die Heilswohltheiten um die Ohren, die "Germania" sagt von den Freimaurern zu denen bekanntlich auch gekrönte Häupter gehören, sie dienen dem Umsturz. Wie soll zwischen so verschiedenen Elementen eine Verständigung möglich sein. Herr v. Bennigsen wüßt auf die Ausnahmegesetze des Auslandes hin. Das thut man immer, sobald es sich um reaktionäre Maßnahmen handelt. Er giebt damit aber auch zu, daß diese Vorlage ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse ist. Auch von der Monarchie sprach Bennigsen. Nach unserer Auffassung kann die Monarchie nicht als Grundlage der Staats- und Gesellschaftsordnung gelten; sie ist immer nur eine bestimmte, dem Wechsel unterworrene Form derselben. Daraus, daß die Monarchie ein historisches Recht für sich geltend macht, kann sie nicht das Recht auf ewige Dauer für sich herleiten. (Sehr richtig b. d. Soed.) Von dem Augenblicke an, wo in den Volksmassen die demokratische, die republikanische Überzeugung Platz gegriffen haben wird, wird auch der Monarchie in Deutschland, die Herr v. Bennigsen für so ist begründet erachtet, das Urtheil gesprochen sein. (Bravo bei den Soed.) Hat doch der Papst den französischen Katholiken gegenüber auch gesagt: Auch die Republik kann die von Gott gewollte Regierungs- und Staatsform sein. (Sehr gut bei den Soed.) Staat und Gesellschaft wird bleiben, wenigstens die Gesellschaft, wenn auch die Monarchie nicht mehr besteht. Täuschen Sie sich nicht: der demokratische Geist ist in siegreichem Fortschreiten begriffen. Und wenn Sie dieses Geist annehmen, tragen Sie nur dazu bei, daß immer größere Massen sich mit dem Gedanken vertraut machen: die Zeit des Gottesgnadenthums ist vorüber (Bravo b. d. Soed.) Die Nationalliberalen haben doch selber dem Gottesgnadenthum ein guter Theil seiner Macht entrisen. Die Monarchie sucht Rettung als sociales Königthum. Und zu diesem Zwecke wollen Sie sich, meine Herren Nationalliberalen, mit der Rechten und dem Königthum verbünden? Lorenz v. Stein sagt mit Recht, daß das sociale Königthum zunächst die Herrschaft der Bourgeoisie brechen müßte. Sie (z. d. National) spielen ein Spiel, das ganz eignet erscheint,nde letzten Rest von liberalen Ideen, der sich bei Ihnen noch findet, zu vernichten. (Sehr richtig b. d. Sozial.) Die Nationalliberalen haben die freiheitlichen Prinzipien verleugnet und verrathen aus Furcht vor der Socialdemokratie. Ihr einziger Gedanken ist die Vereinigung der staatserhaltenden Parteien. Sie werden sie nicht erleben, wohl aber die Zeit, wo von den Rudimenten der nationalist. Partei nichts mehr übrig geb leben ist. (Oh, b. d. Nationalist.) Sehr richtig b. d. Sozial.) Nun zu dem Herrn Kriegsminister er hat erklärt, die Socialdemokratie hat in ihren Reihen zu viel Francioneure, denen die Sache zu langsam ginge, die den gewaltsamen Umsturz wollen. Die offizielle Socialdemokratie mahne allerdings zur Vorsicht. Es schien mir, als solle die Herausstellung, daß man es nicht gern sehe, daß die Socialdemokratie diese Mahnung erlässe. (Sehr richtig b. d. Sozial.) Er warf uns ja Freiheit vor. Bei uns giebt es, das kann ich ihm versichern, eine außerordentliche Masse von Leuten, die höheren moralischen Muth besitzen, als der mites gloriosas, der das Blaue vom Himmel herunter schwatzt und ordnungsgeritterische Reden hält. (Sehr richtig b. d. Sozial.) Wir lassen uns durch nichts provozieren. — Herr v. Kölle war ganz Putzkammer, nur nicht so schneidig. Im Verhältnis zu seinem hohen Gehalt, war seine Leistung eine sehr geringe. (Heiterkeit.) Er hat sich viel auf Neuerungen und Citate berufen. Auch einen gewissen R. Brandt hat er citirt, der ein Polizeispitzel ist, wie vor Gericht festgestellt wurde. (Hört hört links.) Nachdem der Mann seine Rolle ausgespielt hat, und hier nichts mehr machen kann, reiste er in die freien deutschen Lande, um unter dem Schutz der Polizei in Polizeianarchismus zu machen. (Hört hört links.) Auch die "Freiheit" hat Herr v. Kölle citirt. Ich habe hier ein langes Schriftstück, welches von uns und einigen Freunden zusammengestellt ist, um die Wirksamkeit eines gewissen Wochmann in Verbindung mit dem Polizei-commissarius Engel in Altona in der "Freiheit" klarzustellen. Wochmann hat im Dienste des Polizei-commissarius die unerhörtesten Dinge in die "Freiheit" hineingeschrieben. Redner verließ die Stelle. (Hört hört links.) Ueber Polizeispitzel und agent provocateurs werden wir in der Commission noch weiteres mittheilen können. Merkwürdig hand ich es, daß die vom Minister vorgelegten Neuerungen zu keiner Verurtheilung geführt haben. Er hat jedermann nach Polizeiagaben ciirt und in der Verhandlung hat sich das dann als unwahr herausgestellt. Bestraft sind noch viel hartnässere Neuerungen worden. Herr v. Kölle hat die Socialdemokratie dafür verantwortlich gemacht, daß die Frauen politische Rechte haben wollen. Es ist nun allgemein bekannt, daß er der Spitzel dieser Frauenbewegung nicht Socialdemokratin, sondern die Tochter eines Schulrats Cauer und die Tochter eines preußischen Generals stehen. Von dem Altonaer Fall, wo in einer Versammlung ein Arbeiter Hartwig vom Bombenwerfen gesprochen hat, ist mir nichts bekannt. Es würde mir ungemein bekannt sein, wenn es passiert wäre, wenigstens wenn es sich vor größter Offenbarkeit abgespielt hätte. Die Ansicht, daß Christus als Selbstmörder gestorben sei, betrifft auch Herr Kriegsminister. In den Werken von David Strauß und Bluntschli findet sich die gleiche Ansicht. Dem Krieger antworte ich auf seine Frage: Der Waffen, die wirklich von sozialdemokratischen Geistern erfüllt sind, können wir sicher sein. Möge nur der Minister beruhigt sein, dem Polizei-Anarchismus ein Ende zu

machen. (Bravo links.) Ich komme zum Schluss. (Bravo rechts.) Ja, Sie dürfen sich freuen, wenn mein Strafgericht über Sie zu Ende geht. (Große Heiterkeit.) Die Umsurzvorlage hat meiner Ansicht nach ihre Ursache in demselben Geiste, der das Werk *Supralex regie voluntas* dictat hat. Die Art, wie die staatserhaltenden Parteien hier förmlich wetteifern, sich als die berufensten Vertheidiger der Monarchie aufzuspielen, läßt tief blühen. Alle diese Leute wollen sich oben nur einschmeicheln. Schmeicheln Sie, soweit Sie wollen, tatsächlich Sie sich darum, wer den größten Brocken erhalten soll. Mit den Socialdemokraten werden Sie nicht fertig, am wenigsten auf dem Wege, den man mit dieser Gesetzesvorlage einschlagen will. (Lebhafte Bravo bei den Socialdemokraten.)

Präsident von Pevsow: Es war bisher in diesem Hause nicht üblich, sich zu klopfn. (Große Heiterkeit.) Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ich bin überrascht, daß Sie von meinen neulichen Ausführungen so empfindlich berührt und betroffen sind. Ich hatte geglaubt, gerade besonders verbindlich gewesen zu sein, indem ich sagte, daß ich keinen von Ihnen Lust zu Gewaltthätigkeit zutraue. Ich sagte freilich, es könnte der eine oder andere von Ihnen in's Gedränge kommen, ich bezeichnete das aber als ein heitres Bild. Ich sehe keinen Grund dafür ein, daß sich Herr Frohne so erregt äußerte, er hat sich aber in keiner Weise bemüht, das, was ich Sachliches gesagt habe, zu widerlegen. Es war mir interessant, daß der Redner, Strategie wie er ist (Heiterkeit) sofort eine Diversität machte und den Schaulplatz verlegte. Er griff mich persönlich an. Dagegen bin ich immer sehr unempfindlich. Ihre Angriffe erreichen mich nicht. (Läuse links: Oh! Oh!) Sie fallen tief vor mir nieder. Sie berührten nicht einmal die Zwischenlinie meines Stiefeins und ich habe nicht einmal nötig, eine symbolische Abmahnung zu machen, die leicht falsch gedeutet werden könnte. (Läuse links: Unverachtbarkeit.)

Präsident v. Pevsow: Ich hörte von der linken Seite schon wieder unparlamentarische Schwärme, die ich nicht gestatten darf. Meine Herren Sie drücken mit den Ton im Hause herunter. (Bravo rechts.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff (fortfahren): Herr Auer sagte neulich, die Offiziere heirathen alle nur die Heiratscautionen. Im Privatleben nennt man das doch eine Bekleidung. Wenn ich Ihnen sagen wollte, Sie agitieren nicht nach Ihrer Überzeugung. Sie agitieren nur für die Partei, ich möchte den Lärm hören. Alle die persönlichen Angriffe will ich auf mich nehmen, wenn Sie dafür die Angriffe auf die Armee einstellen. Ich will Ihnen nicht drohen, aber ich möchte Ihnen zutun: Mäßigen Sie sich in Ihren Angriffen auf die Armee, wenn Sie aber angreifen, dann verlangen Sie nicht von mir, daß ich wie ein Ceremonienmeißer mit Ihnen verhandele. Das wollte Ihnen keinen Mangel an Gnädlichkeit machen, nur der Anwalt Ausdruck geben, daß Sie sehr vorichtig sind. Sie sagen, Sie pfeifen auf uns. Wenn ich Ihnen aber erwidere, Sie möchten einmal zeigen, was Sie auf diesem unschönen Gebiete leisten, dann sind Sie auf's Höchste beleidigt. Wenn Sie wieder meine Person angreifen, so werde ich mich bewähren verbindlich, maßvoll, wenn es aber sein muß, auch deutlich zu sein. (Seitall rechts)

Minister des Innern von Kölle: Herr Frohne sprach von Polizei-Anarchismus. Was er damit sagen wollte, weiß ich nicht. Ich werde nie meine Hand dazu vergeben, Verdächtigen anzuhören zu lassen durch sogenannte Spiegel. (Bravo rechts.) Herr Frohne aber beleidigte die Polizei. Ich protestiere dagegen, daß der ehrenwerte Stand der Polizeibeamten hier beleidigt und verdächtigt wird. Ich werde jedem Beamten, der Ihnen revolutionären Bestrebungen entgegentritt, meinen besonderen Schutz angeboten haben. (Seitall rechts)

Abg. v. Buchholz (deutschcong.) fordert noch in längerer Rede weitere Ausführungen gegen die Socialdemokratie für die Vorlage aus. Als er auch die Notiz der Landwirtschaft in seine Erörterungen ziehen will, wird er durch bejähige Rufe zur Seite unterbrochen. Er glaubt mit Auge, daß die Vorlage den Beginn einer neuen Kriegsgegung bedeute, aber nicht im Sinne von Außnahmegerissen, sondern im Sinne von Griechen für einen wirklichen Schutz der nationalen Landwirtschaft.

Die Debatte wird hierauf geöffnet.

Der Antrag Gräber auf Bezeichnung der Vorlage an eine Commission von 28 Mitgliedern wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der Südböhmischen Volksvertreter und des Abgeordneten Dr. Sigl angenommen.

Besonders bemerkenswert ist der Kriegsminister, der mit einer Bekleidung des Offizierstandes vergeworfen. Eine derartige Lächerlichkeit ist mir fern. Ich habe einfach darauf hingewiesen, daß in Folge der Zulassung der Heiratscautionen Offiziere nicht nach Liebe und Freigang sondern nur Pflicht auf die Heiratscaution ihres Geschäftsführers stehen. Ich habe damit nur eine Thatsache konkretisiert. Zu dieser Thatsache eine Bekleidung, so möge der Kriegsminister darin jagen, daß diese Institution der Heiratscaution im Begriff kommt. (Sturm bei den Socialdemokraten.)

Abg. Rösler: Bemerkte persönlich beim Abgeordneten Perno gegenüber, daß ihm Untersuchung der Stimmung in Bayern vorgenommen hätte, er lebe in München und könne im ganzen Lande herum, müsse also die Stimmung in Bayern wohl besser kennen als Perno, der in einem kleinen Bezirk wohne.

Der Präsident bestimmt die nächste Sitzung auf Montag 1 Uhr ab.

Leggeschäft: Strafungsblätter. Unterstellung Hassel: Schutz der Deutschen im Auslande. Unterstellung Hess zu Herrschheim bei Hanau und Co. verhindern.

Sitzung 5 Uhr 45 Min.

Sociales.

Breslau, den 14. Januar 1895.

— [Genossen Schebs] ist heute gegen Beleidigung eines Bergwerks-Mitarbeiters zu 50 Pf. Strafe verurteilt worden. Der Etatumschluß hatte 200 Pf. bestanden.

— [Volksversammlung.] Am Sonntag, den 13. Januar, Vormittags 11 Uhr, fand im Saale der "Concordia" eine von etwa 1000 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Franz Tukauer einen Vortrag über "die gegenwärtige politische Situation in Deutschland und die Notlage der arbeitenden Klasse" hielt. Die politische Situation, so leitete Redner seinen Vortrag ein, steht im Zeichen der Unsicherheit, aber besser gesagt, im Zeichen des Umsurzes. Es besteht die unverkennbare Absicht, die größte politische Partei "umzustürzen", aber bis jetzt sind gerade nur diejenigen gefürchtet, die "umzustürzen" wollten. Hier brachte Redner den Abgang des Reichskanzlers Caprivi und des Ministerpräsidenten Eulenburg zur Sprache. In einem konstitutionellen Staate sei man daran gewöhnt, wenn Minister demissionieren, die Gründe der Demission zu erfahren, von den beiden abgeoangeren Ministern wisse aber noch kein Mensch den wahren Sachverhalt; auch in der Thronrede habe über diese Angelegenheit nichts verlautet. Die Umsurzvorlage sei darauf gerichtet, die Rechte des Volkes möglichst zu beschneiden. Man suche nach Gründen, um die Vorlage vor den Volksvertretern zu rechtfertigen. Da heißt es, die Socialdemokratie schüre die Unzufriedenheit; bei Lüdeke bestehen, schüre die Unzufriedenheit; bei Lüdeke bestehen, sind es gerade die Leute, die da orgeln, die Einigkeit herbeizuführen, die die größte Unzufriedenheit führen, besser als es alle socialdemokratischen Volksversammlungen, über die sozialistische Presse zu tun vermöchten. (Bravo.) Dasselbe Maroder, wie es beim Sozialisten-Gesetz angewendet wurde, versucht man bei der Umsurzvorlage von Neuem zu probiren. Damals waren es die Attentate in Berlin, jetzt ist es die anarchistische Bewegung, für die man die Socialdemokratie verantwortlich machen will.

Man glaubt immer noch, daß der deutsche Michel daran brüten werde. Wenn man die Verlästerung, die Verhetzung unserer Partei seien, so müsse man daran zweifeln, in einem christlichen Staate zu leben. Kölle und Rederding haben im Reichstage durch Citate aus ausländischen Zeitungen, die noch damals vor 18 Jahren erschienen sind und mit der Socialdemokratie nicht das Geringste gemein haben, beweisen wollen, daß unsere Bestrebungen auf einen gewaltigen Umsurz gerichtet sind.

Und als man diese Herren auf das Unablässbare ihrer Behauptungen hingewiesen hatte, habe der Polizeiminister Kölle am vierten Tage fröhlichend auf ein deutsches sozialistisches Blatt, den Proletarien aus dem Erfurter Gedächtnis, verwiesen, welche sich einer unterlaufenen Sprache bedient haben sollten. Deshalb also soll die Socialdemokratie mit dem Anarchismus in einen Kopf geworfen werden.

Es kann der Socialdemokratie nichts vorgeworfen werden; alles liegt in Ruhe und Frieden, nicht einmal ein größerer Streit ist in letzter Zeit vorgekommen, und doch sollen wir der Sündenböck jem. Das ist der geistige Kampf, womit man uns vertilgen will. Rieberdorf hat angeführt, daß man mit dem neuen "Sozialstreitgesetz" eine bestimmte Volksklasse garnicht tragen will, jeder, der sich dagegen versündigt, sollte bestraft werden. D. Kölle habe sich aber deutlicher ausgesprochen; dieser habe direkt darauf hingewiesen, daß es nur die Socialdemokratie treffen solle. Er wisse am besten, was die sozialdemokratischen Blätter für eine Sprache führen, da er "Leider" verpflichtet wäre, in seiner Eigenschaft als Justizminister sie alle zu lesen. Wenn die Umsurzvorlage Gefahr würde, meint der Redner, so werden wohl weniger die Revolutionäre darunter zu leiden haben, als die Leute am Dienstliche oder in der Berfhaft, die sich nicht den richtigen Beifall vom Gesetz wünschen können und deshalb etwas fürchten würden, was denn nicht erlaubt wäre. Mit dem Dynamitarei ist man auf nur unzählige Szenen, eröffnet die Mandatik, für die das Gesetz gemacht wurde, getroffen.

Redner erläuterte des Weiteren die verschiedenen Paragraphen der Umsurzvorlage, um zu zeigen, was alles unter Strafe gestellt ist. 11. § 2, das Eigentum, die Frau, die Familie, die Wohnung u. s. w. sollte geschränkt werden. Angriffe auf die Polizei, wie sie sich beispielsweise Soldaten in ihrem Dienst erlaubt hat, können unbefangen bestrafen, hierfür sieht es keinen Schatz. Auch findet die arbeitende Bevölkerung keinen Schutz im militärischen Dienste mit dem Capitalisme. Die Frau, ja kann die Kinder müssen in die Fabrik gehen, um den nötigen Unterhalt für die Familie aufzubringen. Hier liegt Niemand, daß es anders werde. (Schaffner-Rede.) Diese habe gesagt, daß arbeiten Parteien hätten für die Arbeitnehmer mehr gesetzt, als die socialdemokratische. Diesen erläuterte der Redner die Socialreform, um aufzuweisen, daß sie zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Classe nicht geführt habe.

Die Forderungen der socialdemokratischen Partei wären ganz andere gewesen. Uebrigens scheine, wie Redner hervorhob, die Socialreform eingefordert zu sein; man blase die Rechte, da man glaubt, schon zu viel für das arbeitende Volk gehabt zu haben. Die Notlage, mit Besprechung derselben, ging Redner zum zweiten Theil seines Vortrags über, nämlich immer größere Dimensionen an, namentlich ist die Arbeitslosigkeit in den großen Städten eine überaus große. Leider ließen sich die Arbeitslosen nicht ziffermäßig feststellen, da der Staat sich weigert, darüber eine Statistik aufzunehmen, weil man von dem Elend nichts wissen will. Die Aufgabe der Socialdemokratie ist es, zu zeigen, wie die Verhältnisse liegen und die Mittel anzugeben, sie zu verbessern. Davon freilich will man nichts wissen. Es wäre doch eine Pflicht des Staates den Notstand aus der Welt zu schaffen, aber man gibt ihn ja nicht einmal zu. Er (Redner) übertrieb nicht, wenn er die Verhältnisse der Arbeiter als überaus traurige hinstelle, die dringend der Aufbesserung bedürfen. Doch werden die gerechtsertigsten Forderungen nur als socialdemokratische Hetzerien betrachtet. Zum Schluß noch einmal auf die Umsurzvorlage eingehend, legte Redner klar, daß die Möglichkeit der Reichstagsauflösung nicht ausgeschlossen sei; er ermunterte daher die Abwesenden, sich eintretenden Falles recht tapfer zu zeigen, damit in Breslau wieder der Sieg der socialdemokratischen Fahne zu fallen. Andauernder lebhafter Beifall. Eine Discussion unterblieb der vorgerückten Zeit wegen. Der Vorsitzende verlas nun zwei Resolutionen, die einstimmig angenommen wurden.

Als dann schritt man zur Wahl zweier Viehcommissions-Mitglieder. Dieselbe fiel auf die Genossen Nelle und Winter. Genosse Geiser brachte den Antrag eine siebenköpfige Commission zur Neuordnung der Presse zu wählen. Nach einer längeren Debatte wurde der Antrag angenommen und die Genossen Geiser, Kordtke, Skowronek, Gerhard Alter, Kern und Burgund gewählt.

Genosse Bergmann und Skowronektheileten mit, daß die Direction des hiesigen Stadttheaters sich bereit erklärt habe, im Thalia-Theater gegen 12 bis 15 T. Ettree-Volkstheater-Vorstellungen zu geben, wozu die Versammlung sich freilich machen sollte. Die Versammlung beantragte die Genossen Bergmann, Skowronek und und Weigelt sich mit der Theaterdirection in Verbindung zu setzen. Darauf schloß der Vorsitz nde, Genosse Hübner, mit einem dreifachen Ho! auf die internationale Socialdemokratie die imposante Versammlung. *

— [Kaufmann und Stadiverordneter Moritz Wehlau,] der Begründer der elektrischen Straßenbahn in Breslau, ist am 12. d. Mts., Morgens 3/4 Uhr, im Alter von 67 Jahren an einer schweren Lungenerkrankung gestorben.

— [Concordia-Theater.] Heute Montag wird der Schauspieler "Die treulose Philippine" vor der Kiel zum letzten Male wiederholt. — Morgen Dienstag fällt die Vorstellung aus. Das Lustspiel "Herr und Frau Doctor" geht am nächsten Mittwoch zum Benefiz für Fräulein Clara Heimann in Szene.

— [Dampfeisenbahn.] Im Laufe des Montags dürften die Bahnarbeiter bis zum Zoologischen Garten bedient und dann die Bahn eröffnet werden — wenn nicht das Wetter diese Absicht vereitelt.

— [Feuer.] Heute Mittag 12 Uhr 30 Min. wurde die Feuerwehr nach dem Hause Kaiser Wilhelm-Straße 100.102 gerufen. Im hinteren Theile stehen die Fabrikäste der Schuhwaarenfabrik von Wohlauer. Etwas abseits befindet sich das Kesselhaus, ein kleiner niedriger Bau. Auf noch nicht ermittelte Weise war in diesem Kesselhäuschen ein Feuer entstanden, daß die Feuerwehrleistung und die innere Einrichtung des Kesselhauses ergossen und auch das Dach teilweise zerstört. Durch einen Angriff mit zwei Schläuchengängen wurde das Feuer gelöscht.

— [Zur Ermittlung.] In Löwitz hat sich am 4. d. Mts. ein Mann erschossen, dessen Identität noch nicht festgestellt werden konnte. Er ist 1,73 Meter groß, hat röthlichen Schnurrbart und Ansatz zum Bartbart. Die Kleidung ist folgende: schwarzer Stoßanzug, bestickte Lederhandschuhe, Gallo-mütze, blaue Cranette, graues gesticktes Hemd und eben solche Unterhosen. Es fanden sich u. A. ein weißes Taschentuch, ein Paar braune Handschuhe und ein Taschenkalender mit verschiedenem Notizen bei ihm. Zur Reconnoiterung dienende Angaben sind im Zimmer 11 des Polizeipräsidiums zu machen.

— [Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 11. d. Mts. 36 Personen. — Gestohlen: aus einem Hause auf der Monheimstraße ein Hase. — Abgezettet, kommen: ein Spitzhund auf den

Namen Rosenbaum über 240 Mark; ein Sparkassenbuch auf den Namen Lache über 96 Mark, eine Kette, gez. „N. G. 6168“ und Strohhüte enthaltend, ein Thalerstück, eine goldene Damen-Remontoiruhr, ein Muff und ein Dutzend neue Taschentücher. — Gefunden: eine Geldkassette, ein Trauring, gez. G. M. 2. 5. 91, ein Cigarrenetui, eine Kinderpellerine und eine Pferbedecke.

Schlesien.

Brieg, 12. Januar. Aufruhr in der Strafanstalt. In der hiesigen Strafanstalt entstand dieser Tage dadurch ein Aufruhr, daß sich, wie der „Bresl. Morgen-Ztg.“ mittheilt wird, in einem Arbeitssaal mehrere mit Schneiderarbeiten beschäftigte Büchlinge widersehzen, den Anordnungen des Gefangen-Aufsehers kuschel, ein Fenster behufs Einlassung frischer Luft zu öffnen, nachzukommen. Der Gefangenenaufseher wiederholte seine Anordnung, worauf ein Büchling auf den Beamten losging und denselben eine Scheere ins Gesicht stieß; die beiden Büchlinge dieses Handwerkzeuges drangen unter einem Auge tief ins Fleisch ein, eine große Wunde verursachend. Kaum war der eine Büchling thätlich vorgegangen, als noch gegen neun andere Gefangene den Aufseher umringten und gegen ihn eine drohende Stellung einnahmen. Diese Situation hätte für den Beamten jedenfalls sehr gefährlich werden können, wenn ihn nicht eine Anzahl anderer Gefangener vor weiteren Thätschleitern geschützt und aus seiner bedrohlichen Lage befreit hätten. Die aufrührerischen Gefangenen sind erst vor wenigen Wochen aus der Strafanstalt zu Brandenburg a. d. Havel nach hier überwiesen worden, während die Büchlinge, die dem arg bedrängten Staaten Altfreiherrn bestanden, zu dem alten Stamme der hiesigen Anstalt gehören.

F. Neustadt O.-Schl. Auf die Anzeige, das Theaterstück „Friede auf Erden“ oder „Die Ausweisung am Weihnachtsabend“ aufführen zu wollen, ist einem unserer Genossen folgendes Schreiben von der hiesigen Polizeiverwaltung zugeschickt worden:

„Auf die Anzeige vom 27. Dez. v. J. eröffnen wir Ihnen, daß die Aufführung des Theaterstücks „Friede auf Erden“ oder die Ausweisung am Weihnachtsabend“ von Richard Lipinski nicht gestattet werden kann, weil dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werden könnte, indem die Tendenz des Theaterstücks dahin geht, Unzufriedenheit bei den Arbeitern hervorzurufen und die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufzuheben.“

Die Polizeiverwaltung.
Engel.

Was also in anderen Städten erlaubt ist, wird in Neustadt verboten. Beschwerde dagegen ist eingelebt. Genosse Berger als Festcommittionsmitglied wurde nun beauftragt, ein zweites Theaterstück „Navachof“ oder „Das Socialistenfeuer“ von Paul Gent den hiesigen Polizeiverwaltung zur Anzeige zu bringen. Obgleich nun schon im vorigen Jahre die Aufführung dieses Theaterstücks freigegeben wurde, ist jetzt von der Polizeiverwaltung die Aufführung verboten worden, und zwar mit folgender Begründung:

Neustadt O.-Schl., den 5. Januar 1895.

„Auf die Anzeige vom heutigen Tage gereicht Ihnen zum Bescheide, daß die Aufführung des Theaterstücks „Navachof“ oder das „Socialistenfeuer“ nicht gestattet wird, weil dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werden würden. Auch enthält das Theaterstück Bekleidungen lebender Personen.“

Die Polizeiverwaltung.
Engel.

Der Staatsanwalt hat im vorigen Jahre diese angeblichen Bekleidungen lebender Personen — Bismarck und Stöcker — die im genannten Theaterstück enthalten sein sollen, nicht für hinreichend erachtet, das Verbot der Aufführung desselben in Neustadt O.-Schl. begründeter Weise auszusprechen. Die Polizeiverwaltung dagegen erblickt in diesen „Bekleidungen“ etwas Raubtätsgefährliches“ und flugs wird das Stück verboten. Und das sind Waffen mit den man die Sozialdemokratie aus der Welt zu schaffen sich einbildet.

Gerichtliches.

Landgerichts-direktor Brausewetter und der Gummi-chlau-prozeß. Das Reichsgericht verhandelte am 11. d. Ms. über die Revisionen der Redactoren Köbner von der Nationalzeitung und Höflich vom Vorwärts wegen Bekleidung des Landgerichtsdirektors Brausewetter in Berlin. In der Nationalzeitung war ein Artikel eines hervorragenden Juristen veröffentlicht worden, in dem Herrn Brausewetter der Vorwurf gemacht wurde, den Zeugen Ahlfeld in dem bekannten Gummischlauchprozeß zum kleinen veranlaßt zu haben. Der Vorwürfe wußte — so ließ es in dem intramittierten Artikel —, daß jene Vorstrafen vorlagen, er brauchte also beim ersten Stein des Zeugen nur auf die Vorstrafenliste zu verweisen. Der Zeuge ist also veranlaßt worden, einen Meinung zu leisten. Wie kann ein Richter so etwas verantworten? Diesen Artikel deutete der Vorwärts nach. Herr Brausewetter fühlte sich durch die angezogene Stelle beleidigt und das Gericht verurteilte die angeklagten Redactoren zu je 600 Mark Geldstrafe. Die Beweisaufnahme hatte ergeben, daß Herr Brausewetter was Bestimmtes über die Vorstrafen nicht gewußt hat. Den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) hatte das Gericht den beiden Redactoren nicht zuerkannt. Die Revisionen rügten falsche Anwendung des § 186. Naturnlich wurde gerügt, die Urteilsgründe ließen nicht erkennen, warum neben § 185 auch § 186 Anwendung gefunden hat. Höflich rügte außerdem Nichtanwendung des § 193. Das Reichsgericht erkannte auf Betreibung der Revision. Der § 186 sei nicht verletzt, da mit Recht die Feststellung getroffen sei, daß es sich um die Behauptung von nicht erwünschtem Thatachen handele. Ebensoviel sei der § 185 und § 186 ertheilte gerechtfertigt, denn das Urtheil sei dahin auszulegen, daß in dem einen Teile des Artikels eine Bekleidung nach § 185, in dem andern eine solche nach § 186 gefunden worden sei. Der neu vorgebrachte Gesichtspunkt, daß es sich um die Kritik einer geschäftlichen Leistung (des Urtheils) handle, finde in den Gründen des angefochtenen Urtheils feinerlei tatsächliche Grundlagen.

Prozeß Teichert. Am 12. Januar hatte sich vor dem Schwurgericht in Bregitz Frau Anna Teichert, Frau des Malergesellen Teichert, welcher kürzlich in Bregitz den Maubau auf den Geldbriefträger Hübner verübt, wegen versuchten Mordes zu verantworten. Die Frau hatte in der Vergewaltigung über das Verbrechen ihres Mannes und über die Nahrungsorgeln, mit denen sie zu kämpfen hatte, sich selbst und ihre Kinder zu tödten versucht. Das Urtheil lautete auf Freisprechung. Das ist ein sehr vernünftiges Urtheil.

— **Manifest der französischen Sozialisten.** Die sozialistischen Deputirten haben ein Manifest an ihre Wähler gerichtet, in welchem sie gegen die Verwerfung der Motion Millerand's protestieren und heftige Angriffe gegen die Träger der öffentlichen Gewalt richten.

— Paris, 13. Januar. **Ministerkrisis.** Das „Wolff'sche L.-B.“ meldet: Der Arbeitsminister Barthou reichte seine Demission ein in Folge des gestrigen Beschlusses des Staatsrates, betreffend Zinsgarantie des Staates für die Südbahn und die Orleansbahn. Barthou erklärt, er könne den von ihm bekämpften Beschuß nicht ausführen.

Odessa, 12. Januar. Während einer Circusvorstellung in Kiew stürzte nach dem „Loc-Anz.“ ein Theil der Galerie ein. 36 Personen fielen ins Parkett; eine Anzahl derselben war sofort tot.

— Buenos-Aires, 12. Januar. Die „Times“ meldet: Es wurden zwei Gesetze publicirt: betreffs Gewährung eines fünfjährigen Moratoriums an die Provinzial-Hypothekenbank, sowie betreffs Errichtung der Nationalregierung zur Übernahme der Schulden der Provinzen.

— **Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.** Das Bureau „Reuter“ meldet unterm 12. d. Ms.: Die Japaner rüden energisch gegen Tschintschou vor, während sich die Chinesen langsam nach der großen Mauer zurückziehen, wo sie, wie man erwartet, halt machen und dem Feinde entgegenreiten dürfen. Der Schnee erschwert den Marsch der Truppen. Es haben mehrere kleinere Gefechte, wobei die Chinesen zahlreiche Verwundete hatten, stattgefunden.

Standesamtliche Nachrichten.

Bom 12. Januar.

Heiraths-Ankündigungen. II. Arbeiter Josef Zimmer, kath., Zietenstraße 28, und Luise Strempel, kath., hier. — Militär-Invalide Franz Schaaf, kath., Brandenburgerstraße 8, und Apollonia Korona, kath., Kaiser-Wilhelmstraße 41. — Hausschlächter Felix Lichy, kath., Waterloostraße 5, und Emilie Gläsner, kath., Vorwerksstraße 71. — Kaufmann Adolf Weller, ev., Sadowastraße 67, und Margaretha Kneis, ev., Alexanderstraße 8. — Locomotivheizer Max Becker, ev., Gleiwitz, und Martha Urbanke, ev., Neue Lautenscheitstraße 35 a. — Photograph Niklas v. Kreyselt, ev., Sadowastraße 45, und Helene Pätzky, ev., hier. — III. Arbeiter Paul Fätsch, kath., Matthiastraße 37 f, und Minna Morawie, kath., daselbst. — Ausschäfer Albert Franke, kath., Seegerberg, 29, und Martha Vanger, kath., Adolfstraße 14. — Tischlermeister Georg Dolata, ev., Brigittenthal 16a, und Clara Felsmann, kath., Hirschstraße 78.

Eheschließungen. I. Geprüfter Locomotivheizer Otto Pels, ev., mit Clara Litz, ev., hier. — Feuermann Gustav Germann, ev., mit Pauline Semmer, kath., hier. — Feuerhälter Hermann Witt, ev., mit Clara Engel, kath., hier. — II. Hausmutter Paul Reichelt, ev., mit Luise Kunert, kath., hier. — Schaffner der Elektrischen Straßenbahn Gustav Walter, ev., mit Albertine Berger, kath., hier. — Arbeiter Franz Schalaster, kath., mit Wm. Magdalene Gebel, geb. Zachens, kath., hier. — Arbeiter Carl Hillmann, ev., mit Bertha Malina, ev., hier. — Fürstlich Hohenloher Domänenpächter Richard Grobe, ev., Hohenstein, Kr. Löwenberg, mit Martha Rupprecht, ev., hier. — III. Reg. Gerichtsvollzieher Franz Jahrlich, kath., Dels, mit Martha Wiesner, kath., hier. — Bremsermeister Hugo Taesch, kath., mit Anna Friede, ev., hier. — Königlich Locomotivführer Gabriel Grub, kath., mit Wilhelmine Pohl, ev., hier. — Schlosser Wilhelm Scholz, ev., mit Ottilie Beyer, ev., hier. — Rangire Carl Freier, ev., mit Caroline Unzer, ev., hier.

Todesfälle. I. Maurerfrau Johanna Weber, geb. Hirschel, aus Lissa, 35 J. — Kaufmann Max Sternfeld, 59 J. — Elisabeth, T. des Schriftgießers Paul Koch, 1 M. — Handelsmann Ernst Brückel, 35 J. — Kaufmann Hermann Bögel, 34 J. — Ehemaliger Droschenkutscher Eduard Richter, 76 J. — Arbeiterwitwe Charlotte Weißer, geb. Baumgart, 69 J. — Handschuhmachermeisterwitwe Auguste Zier, geb. Härtel, 74 J. — II. Adolf, S. des Kohlenhändlers Adolf Bock, 1. J. — Robert, S. des Maurers Josef Samhale, 1½ Tag. — Kaufmann Moritz Wehlau, 67 J. — Tuchmachermeisterwitwe Julianne Strecke, geb. Klatte, 72 J. — Commissari Carl Grautöß, 25 J. — Drehtauben Franz Kittlas, 42 J. — Glockenläuter Gottlieb Heinzelmann, 55 J. — Schneider Louis Dant, 39 J. — Postschaffner Wilhelm Laubich, 50 J. — Post-Sekretärin Henriette Rosner, geb. Brajdo, 55 J. — Martha, T. des Bahnarbeiters Gottlieb Spörlich, 4 W. — Frieda, T. des Pferdebahnkutschers Ernst Krecker, 1 J.

Breslau, 12. Januar. (Amtlicher Produktions-Börsen-Bericht.) Stüddel (per 100 Kilogr.) — gefünd. — Ctr. loco, in Qualitäten à 5000 Kilogr. —, per Januar 43,50 Br., per Mai 44,00 Br. — Spiritus per 100 Liter (à 100 p.C.) ohne Fass; exkl. 50 und 70 Mt. Verbrauchsabgabe, gefündigt — Ctr. 25 gekaufte Kündigungsscheine — per Januar 50er 48,70 Br. 70er 29,29 Br.

Breden, 12. Januar. (Breslauer Mehlmarkt.) Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg. incl. Saat 22,25 bis 22,75 Mt. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg., incl. Saat 19,50 — 20,20 Mt. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg. in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 7,00 — 7,40 Mt., b) ausländisches Fabrikat 6,60 — 7,00 Mt. — Roggengemehl sein per Brutto 100 kg. incl. Saat 17,25 — 17,75. — Futtermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 7,40 — 7,80 Mt., b) ausländisches Fabrikat 7,00 — 7,40 Mt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. Januar. Die „Berliner Correspondenz“ bezeichnet die Blättermeldung, der Staatssekretär v. Marshall sei für ein anderes Amt in Aussicht genommen, als vollständig aus der Luft gegriffen.

— Der Gesetzentwurf über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs soll, wie die offizielle Correspondenz des Ministeriums des Innern bemerkt, in der zweiten Hälfte des Februar an den Bundesrat gelangen.

— Am 12. d. Ms. sind von den verhafteten Oberfeuerwehrmännern 13 Mann in das Festungsgefängnis zu Spandau eingeliefert worden; 12 von ihnen waren die Tressen abgeschnitten.

— Außer Herrn v. Berlepsch soll nun auch Herr v. Bötticher über kurz oder lang den Lucanus erwarten.

— Die letzte Nummer des „Socialist“ ist am Sonnabend erschienen.

München, 12. Januar. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, erschlug Freitag Vormittag im Münchener Zuchthause ein zum Tode verurtheilter und begnadigter Sträfling seinen Nebengefangenen mit einer Holzart.

— Paris, 12. Jan. In der heutigen Sitzung der Kammer erklärte der sozialistische Deputirte Rouanet gelegentlich der Debatte über das Budget der Ehrenlegion, daß er eine Herabsetzung des letzteren um 1000 Francs vorschlagen wollte, um gegen gewisse Ernennungen in der Ehrenlegion zu protestieren. Nach den jüngsten Beschlüssen könne man jedoch von der Kammer kein ehrliches Votum mehr erwarten. (Dest. Prostefr.) Kammerpräsident Bresson beantragt die zeitliche Ausschließung gegen den Redner. Deputirter Millerand (Socialist) sagt, die Kammer könne die Ausschließung nicht verhängen, denn sie würde damit der Leidenschaft des Augenblickes nachgeben. Redner erinnert an den Artikel des „Figaro“, welcher sagt, daß die Deputirten, die nicht gegen die Freilassung Gérault-Richard's stimmen, nach Mazas kommen würden. (Großer Lärm.) Bresson, erwidert, die Kammer habe sich nicht mit beratiger Schmach zu beschäftigen, und besteht auf der zeitlichen Ausschließung Rouanet's, die sodann auch von der Kammer beschlossen wird. Rouanet verläßt den Saal.

— Ein neuer Scandal. Telegraphisch wird gemeldet: Director Chevenet der Seetransport-Gesellschaft von Riga, deren Sitz sich in Paris befindet, und der Administrator dieser Gesellschaft, Bourdonay, wurden unter der Anschuldigung des Beitrages verhaftet. Ersterer ist Ritter der Ehrenlegion. Auch gegen den Director des Journals „Wie Ferée“, Ferier welcher flüchtig ist, wurde ein Verhaftsbefehl erlassen.

Stadt-Theater.Montag:
"Carmen".**Lobe-Theater.**Montag:
Zum 3. Male:
"Sum wohlthätigen Zweck".**Victoria-Theater**

(Simmenauer-Garten.)

Täglich:
Specialitäten-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.**Eisdorf.****Arbeiter-Verein.**Sonntag, den 20. Januar,
Nachmittags 3 Uhr:General-Versammlung
bei Herrn Radewagen.

Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom letzten Quartal. 2. Verschiedenes und Drageisen. Zahlreiches Frischeinen erwünscht.

Der Vorstand.**Musik-Instrumente.**

u. Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielflossen zum Drehen u. selbstspielend, Musik-Automaten fertigt

B. Cohn, Kupferschmiedestr. 17.

Kaffee! Kaffee!

tägl. frisch gebr., das Pfd. 140-160 Pfz. Getreide-Kaffee, das Pfd. 12 Pfz. Weißer Kaffee, das Pfd. 20 Pfz. Bitter-Schweinefett, das Pfd. 55 Pfz. Süßer Syrup, das Pfd. 15 Pfz. Beste Cranien-Seife, d. Pfd. 20 Pfz. R. Jamaika-Zum, 2 Liter 100 Pfz. Bestes Weizenmehl 00, das Pfd. 11 Pfz. Feinstes Petroleum, 2 Liter 15 Pfz.

Otto Ogrowsky jr.,
45 Große Gröschengasse 45.Wie klage ich
ein Rathgeber vor dem
Arbeiter-Gericht?
in gewerblichen Streitigkeiten.
Betrübig in der Expedition dieses Blattes.

preis 20 Pf.

Beschäfts-Gründung!Am heutigen Tage habe ich ein
Leinen-, Bügeln- und Barchard-Lager,
sowie Herren- u. Damen-Garderobe;
Geschäft eröffnet und halte dasselbe
den freundlichen Lesern d. St. bestens
empfohlen, 3428

C. Hering, Friedrich-Wilhelm-

Straße 37.

C. Hering, Friedrich